

# aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

sonderrnummer

---

LÜTGEN-  
DORF  
IST  
KEIN  
ZUFALL

"aspekte"-Sondernummer  
Eigentümer, Herausgeber, und Verleger:  
Freie Österreichische Jugend, für den In-  
halt und die Vervielfältung verantwort-  
lich: Alfred Prandl, alle Wien 1040, Bel-  
vederegasse 10.  
Telefon: 65 19 52  
Kontonummer: 2-307-435 Länderbank, Wien.

L Ü T G E N D O R F S   B E S T E L L U N G   Z U M   M I N I S T E R  
U N D   S E I N E   Ä U S S E R U N G E N   S I N D   K E I N  
Z U F A L L !

Vom Salzburger Kameradschaftstreffen bis zur Gründung des Kasernenkomitees Maria-Theresien Kaserne - eine Dokumentation der FÖJ, abgeschlossen am 1.7.1971. Zusammengestellt von Herbert Brunner

---

Erstaunlicherweise blieb die Berufung Lütgendorfs zum Heeresminister der Regierung Kreisky (siehe Aspekte Nr.40 März 71), vorerst ohne wesentliches Echo innerhalb der liberalen bis linken Öffentlichkeit. Die Anti-BH-Kampagne, eben erst aus dem Getto des Volksbegehrens ausgebrochen, ging in den am IDK-Kongress festgelegten Bahnen weiter. (Aufklärungsaktionen über Möglichkeiten der Wehrdienstverweigerung vor der Stellungskommission und Flugblattverteilung vor Kasernen in Stockerau und Wr. Neustadt durch IDK und FÖJ mit Songgruppe. Brief der 15 Reservesoldaten).

Erst die Rede Lütgendorfs in Salzburg (1), in der er sich mit dem Kameradschaftsbund solidarisierte, löste eine breite Protestwelle aus. Reden und Artikeln Lü's in den letzten Jahren beweisen, daß Salzburg kein Ausrutscher war, sondern die, längst höheren Ortes bekannten, reaktionären Auffassungen des Generals widerspiegelten (2).

Aber auch die Bestellung Lü's zum Minister war kein Zufall oder Mißgriff, sondern entspricht dem Konzept der Regierung Kreisky. Dies kann man beweisen durch eine Analyse der gesamten Tätigkeit der SP-Regierung und ihrer Funktion innerhalb des kapitalistischen Systems. Anhaltspunkte wären: die Anbiederung an die Großindustrie (wir sind die bessere Partei für die schlechteren Zeiten) und an alles was rechts von der ÖVP steht (FPÖ und Kameradschaftsbund) und die Absage an alle nicht nur marxistische, sondern auch sozialdemokratische Grundsätze. (Modernisierung d.h. Verbesserung und Erhaltung des kapitalistischen Systems). Diese Arbeit ist noch zu leisten - Ansätze dazu sind vorhanden, entspringen aber vor allem sektiererischen Positionen (MLS) und sind daher unbrauchbar.

Vorerst genügen aber als Beweis für die Planmäßigkeit der Bestellung Lü's die bekannten Äußerungen des Bundeskanzlers (3).

## A B L A U F   D E R   E R E I G N I S S E

Von seiten der Redakteure des "Neuen Forum" wurden alle eventuell in Frage kommenden Organisationen für den 27. Mai 1971 zu einer Aussprache eingeladen. Bei dieser wurde ein Aktionskomitee gegründet und zu einer Demonstration für den Rücktritt Lütgendorfs am 8. Juni aufgerufen (4). Am selben Tag wurden bereits am Karl-Marx-Hof und dem Verteidigungsministerium Transparente mit Losungen gegen Lü gehißt (5).

Bereits in der ersten Besprechung erklärt der anwesende Vertreter der SJ-Wiche, daß für sie nur eine reine Anti-Lütgendorffaktion in Frage käme. Nachdem ein Vertreter des Bundesjugendringes berichtet, daß Lü in einer Aussprache erklärt hätte, daß er mit Heißsporne und Wirrköpfe keine Mitgliedsorganisationen des BJR gemeint hätte, zieht sich die SJ ganz zurück.

Die anderen SP-Organisationen (JG, VSM, VSSTÖ) tun noch mit, sprechen sich aber gegen jeden Frontalangriff auf die SP-Regierung aus.

Von da an tagt täglich der Demonstrationsrat. Ein Versuch sich auf eine gemeinsame politische Plattform zu einigen scheitert. Die später hinzugekommene MLS(VDS) und der Rote Schülerbund unterbreiten einen ausführlichen Entwurf einer politischen Plattform (6). Zu diesem Zeitpunkt sind JG und VSM bereits ausgestiegen. VSSTÖ (Schönbeck) lehnt scharf den MLS-Vorschlag ab und findet bei Spartakus und Nenning Unterstützung. Als sich die Mehrheit im Interesse der gemeinsamen Demonstration beugt und den Vorschlag zurücknimmt, beharrt der VSSTÖ seinerseits auf die Beschließung eines von ihm, Nenning und Myteis vorgelegten Minimalprogramms (7). Als dies abgelehnt wird steigt der VSSTÖ aus.

Später ziehen sich Aktion Wien, Kath. Studentenpresse und Evangelische Studentengemeinde etwas zurück, steigen aber offiziell nie aus. Die Kommune Penzing kommt dazu und gehört bis zum Ende der Kampagne neben Spartakus, FÖJ und IDK zu den aktiven Gruppen. Alle Demonstrationsratsitzungen werden öffentlich durchgeführt und sind, vor allem von den oben genannten Organisationen immer gut besucht. Nachdem man auf die Ausarbeitung einer gemeinsamen politischen Plattform verzichtet hat, gehen die technischen Vorbereitungsarbei-

ten zügig voran. Vor allem im außeruniversitären Bereich (Flugblattverteilung, Plakatierung usw.).

#### V O R B E R E I T U N G S A K T I O N E N

Während der ganzen Woche vor der Demonstration Plakatierung (4.000 Stück) (8) und Flugblattverteilung vor Kasernen, Schulen, Betrieben und Verkehrsknotenpunkte (insgesamt rund 60.000 Stück) (9). Erstmals konnten wir eine besondere Aktivität der Organe der Gemeinde Wien feststellen. Vor allem an Einrichtungen der Verkehrsbetriebe wurden meistens die Plakate noch in der selben Nacht entfernt.

Ab Samstag den 5. Juni ständige Lautsprecherrundfahrten durch Wien, vorerst mit dem FÖJ-Bus, ab Sonntag mit insgesamt drei Wagen.

Pfingstmontag 31. Mai - Großaktion am Süd-Ostbahnhof mit anschließender Mitfahrt im Soldatenzug nach Götzen-dorf, Kaiser-Steinbruch und Bruck-Neudorf (FÖJ und IDK). (10)

Donnerstag 3. Juni - Aufklärungs- und Mobilisierungsaktion der FÖJ mit Songgruppe bei der Oper.

Freitag 4. Juni - Teach-in im neuen Institutsgebäude HS 1. Erstmals im vollbesetzten Hörsaal eine nichtstudentische Mehrheit. Eine Feststellung welche auf die gesamte Vorbereitung und die Demonstration zutrifft und positiv ist. Aber nicht nur in einer stärkeren Mobilisierung der Arbeiterjugend liegt, sondern auch in einer derzeit auf der Uni vorhandenen Unaktivität, die anscheinend in den Fraktionskämpfen in MLS und der faktischen Auflösung des VSSTÖ begründet ist.

Samstag 5. Juni - Feiern zum 275-jährigen Jubiläum der Hoch- und Deutschmeister. Aktion der FÖJ und Kommune Penzing beim Deutschmeisterplatz. Einsatz der Polizei und Bericht im Zeit-im-Bild-Nachtausgabe.

Montag 7. Juni - Pressekonferenz im Presseclub Concordia: Zeitungen spärlich vertreten. Solidaritätserklärung aus der Schweiz (11 + 11a) und Brief von linken Sozialdemokraten (12) mit Zustimmung. Vertreter des VSSTÖ

begründen ihren Austritt aus dem Demonstrationsrat mit dem Sektierertum der MLS, das eine Verbreiterung der Kampagne verhinderte, verlesen Beschluß des Bundesvorstandes in dem der sofortige Rücktritt Lü's gefordert wird und erklären, daß sie als Einzelpersonen an der Demonstration teilnehmen werden. Rund 20 gehen dann auch mit Tafeln "Ich bin SPÖ- und VSSTÖ-Mitglied" mit.

Inzwischen hat sich die Kampagne auf fast alle Bundesländer ausgedehnt. Aktionskomitees in Linz, Salzburg und Innsbruck rufen zu Demonstrationen am 8. Juni auf. In Graz ist eine Kundgebung im Audi Max geplant und in Klagenfurt gibt es Flugblattaktionen (13). In den Bundesländern beteiligen sich der VSM und der VSSTÖ offiziell an den Aktionskomitees. (14)

Dienstag 8. Juni - Über 5.000 junge Menschen demonstrieren in Wien, Linz, Salzburg und Innsbruck gegen Lütgendorf und die Heerespolitik der SP-Regierung. Um einer unobjektiven Berichterstattung durch die Presse nach Möglichkeit vorzubeugen versandte der Demonstrationsrat, nach Telefonaten mit den Bundesländern, eine Stellungnahme an alle Zeitungen (15). Besonders wurde auf die angekündigten Störaktionen rechtsradikaler Kräfte hingewiesen (16). Wie nicht anders zu erwarten erfüllt die österr. Presse, mit wenigen Ausnahmen, ihre Verschleierungs- und Manipulationsfunktion im Dienste der Herrschenden ausgezeichnet (17-21).

Mittwoch 9. Juni - Bundespräsident Jonas stellt sich in seiner Antrittsrede hinter Lütgendorf und verurteilt die Gegner des Bundesheers (22).

Donnerstag 10. Juni - Aktivistenberatung beschließt Weiterführung der Kampagne durch Gründung von Kasernenkomitees und Vorsprache bei Bundeskanzler Kreisky. MLS(VDS) steigt aus und beteiligt sich an keiner weiteren Aktion (23).

Montag 14. Juni - Erste Versammlung der Kasernenkomitees. Einige Präsenzdiener sind anwesend, vor allem aus der Maria-Theresien-Kaserne. (Dort wird auch das erste Komitee gegründet unter Mithilfe von

FÖJ und Kommune Penzing). Erste Aktion mit Lautsprecherwagen am 19. Juni (24). Nachdem uns die Gewerkschaft den Zutritt in den bestellten Saal in der Treitelstrasse verweigert, findet die Versammlung in der Gaststätte OK statt.

Dienstag 15. Juni - Flugblattverteilung an die Neueinrückenden vor den meisten Kasernen Wiens. Dipl.-Ing. Bauer rückt nicht ein.

Wochenende 12./13. Juni - Kameradschaftstreffen in Linz unter Ehrenschutz Lütgendorfs. Die Legalisierung des Tragens von Hitlerorden mit Hakenkreuz wird gefordert. FÖJ-Linz gründet den "Alternativrat der Stadt Linz" und tritt mit einem Gegenvorschlag zum Aufruf des Linzer SP-Bürgermeisters in dem er die Bevölkerung auffordert anlässlich des Kameradschaftstreffen zu beflaggen, an die Öffentlichkeit (25 und 26).

Montag 21. Juni - Aussprache mit Kreisky

Ein 7-Punkte-Forderungsprogramm wird Kreisky übergeben:

1. Rücktritt Lütgendorfs

Kreisky: Wird von mir abgelehnt! Lü ist bereit unsere Heeresreform durchzuführen, daher bleibt er als Fachminister in der Regierung.

2. In österreichischen Kasernen haben sich Kasernenkomitees gebildet. Sie haben die Aufgabe, auf die Einhaltung der Rechte der Soldaten zu achten, insbesondere die Meinungs- Presse- und Versammlungsfreiheit wahrzunehmen. Sie werden auch politische Diskussionen über den Zweck des Bundesheeres durchführen. Diese Kasernenkomitees werden gegen Schikanen und Schleifer einschreiten. Sollte die Tätigkeit dieser Kasernenkomitees behindert werden, so fordern wir die strikte Einhaltung der staatsbürgerlichen Rechte, gemäß Wehrgesetz. Wir fordern, daß der Bundeskanzler einen Beamten des Bundeskanzleramtes beauftragt, im Falle solcher Vorkommnisse für die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte zu sorgen.

Kreisky: Kasernenkomitees sind möglich, wenn im Rahmen der Gesetze, aber unnötig. Beschwerdebeamter im Kanzleramt unmöglich und unnötig. Verbesserte parlamentarische Beschwerdekommision reicht vollkommen aus. Außerdem kann man sich jederzeit an jeden Abgeordneten wenden. Ombudsman wird auch eingeführt.

3. Wir fordern eine Untersuchung der rechtsradikalen Aktivitäten innerhalb des Bundesheeres und wir fordern weiters, daß im Falle der Meldung solcher Aktivitäten durch die Kasernenkomitees unverzüglich eine besondere Untersuchung durchgeführt wird. Das Ergebnis

ist der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Kreisky: Es wird geprüft ob es solche Aktivitäten gibt und wenn sie Verstöße gegen die Gesetze darstellen, werden sie unterbunden.

4. Auf Grund von Meldungen der Kasernenkomitees fordern wir unter Hinweis auf den Staatsvertrag, ein Verbot jeder Anschlußpropaganda durch Offiziere und Unteroffiziere des Bundesheeres.

Kreisky: Anschlußpropaganda ist verboten. Bitte konkrete Hinweise damit sie untersucht werden können.

5. Wir fordern eine Untersuchung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesheer und den Armeen von NATO-Staaten. Ebenso sind gemeinsame Manöver von Bundesheer und Teilen ausländischer Armeen zu untersagen.

Kreisky: Es gibt keine Zusammenarbeit mit NATO-Staaten bzw. deren Armeen.

6. Wir fordern unter Hinweis auf die Gewissensfreiheit gemäß Staatsgrundgesetz, daß bis zum Vorliegen des angekündigten Alternativdienstgesetzes, Wehrdienstverweigerer nicht eingezogen werden.

Kreisky: Gesetzesvorschlag der SPÖ liegt im Parlament. Zwischenlösung ist notwendig, aber Gesetze müssen, solange sie gelten, von jedem eingehalten werden. Wenn nicht gibt es Strafen.

7. Wir fordern die Unterbindung von Tendenzen innerhalb des Bundesheeres, wie sie im Brief der 1700 Offiziere zum Ausdruck kommen, welche unter dem Deckmantel der sogenannten umfassenden Landesverteidigung eine Notstandsgesetzgebung propagieren.

Kreisky: In einer Demokratie hat jeder das Recht seine Meinung frei zu äußern. Sie meine Herren ebenso wie die 1700 Offiziere(27)

Dann übergab Dipl.Ing. Bauer dem Bundeskanzler seinen Einberufungsbefehl, das Wehrdienstbuch, die Erkennungsmarke und einen Brief (28).

Mittwoch 23. Juni - Dipl.Ing. Bauer wird an seinem Arbeitsplatz von einer Zivilstreife der Militärpolizei verhaftet und in den Arrest der Maria-Theresien-Kaserne eingeliefert.

Am selben Abend Erklärung von 19 Gruppen und Organisationen an die Presse (29).

Donnerstag 24. Juni - Solidaritätsaktion mit Bauer vor der Maria-Theresien-Kaserne, in Zusammenarbeit mit dem dortigen Kasernenkomitee.

Freitag 25. Juni - 16 Uhr, Aktion vor dem Verteidigungsministerium. Ankettung von 8 Genossen vor dem Tor. Flugblattverteilung und Information an Passanten mittels Lautsprecher. Die Polizei löst die nicht angemeldete Kundgebung auf, zwickt nach einer Stunde die Ketten an beiden Enden durch und nimmt die noch immer zusammengeketteten fest. Außerdem wird der Lautsprecherbus der FÖJ beschlagnahmt und die Insassen, nebst wahllos herausgegriffenen Demonstranten festgenommen. Während der Aktion um 16 Uhr 40 wird Dipl.Ing. Bauer auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes aus dem Heer entlassen. (30)

Insgesamt werden folgende 19 Genossen festgenommen:

Mario Perathoner, Kathie Hahn, Klaus Jessenitschnig, Alois Bauer, Michael Auer, Alfred Schiemer, Christine Schubert, Hannie Kosznacs, Alois Wieser, Roland Spendlingwimmer, Kurt Winterstein, Karl Darrer, Mario Hommon, Hermann Legenstein, Helmuth Gantner, Fritz Rosenberger, Zsolt Patka, Heinz Dürr, Hans Margulies.

Alle wurden mehrere Stunden im Kommissariat Deutschmeisterplatz festgehalten und wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Erregung öffentlichen Ärgernisses und Störung der Ruhe zu Polizeistrafen verurteilt. Margulies und Gantner wurden als Rädelsführer bezeichnet und zu 10 Tagen Polizeiarrest verurteilt, alle anderen zu 4 Tagen. Alle haben berufen.

Abends wurde vom Demonstrationsrat eine Presseerklärung versandt. (31)

Donnerstag 1. Juli - Aktion des Komitees der Maria-Theresienkaserne. (32)

1

Gerade in der gegenwärtigen so hektischen Zeit, die vom Materialismus und von wirren Gedanken über eine Änderung unserer Gesellschaftsordnung erfüllt ist, kommt es darauf an, daß jene unverdorbenen Kräfte im Volke, zu denen wir Erwachsenen im Kameradschaftsbund zählen, die die Heimat nach 1945 wieder aufbauten, kühlen Kopf bewahren. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie einige, meist verblendete und von Anarchisten im Ausland gesteuerte junge Heißsporne versuchen wollen, den inneren Frieden in unserem gottgesegneten, wirtschaftlich blühenden Land zu stören.

Vor seinen Salzburger Kameraden am  
20. Mai 1971

Ja, ich glaube, das muß einmal ganz klar ausgesprochen werden, daß wir dafür sagen müssen, daß nicht irgendwelche Jugendliche, die bisher für ihre Heimat noch nichts geleistet haben, versuchen wollen, unseren Frieden im Land zu stören und damit vielleicht auch Österreich bei der Nachbarschaft in Mißkredit zu bringen.

Über ORF ans Volk am 21. Mai 1971

Sowohl an den Mitgliedern des Kameradschaftsbundes, wie an uns allen liegt es, einfach nicht tatenlos zuzusehen, wie kleine Gruppen unsere Gesellschaftsform in eine andere Form zu bringen versuchen, das heißt, gegen die Autorität, gegen die staatliche Ordnung aufzutreten.

Ebenda

Ich nehme nicht ein Wort zurück von dem, was ich gesagt habe. Ich bedaure nur, daß meine Worte von der Jugend mißverstanden wurden.

Gespräch mit der Wochenpresse am 28. Mai 1971

2

"Er (der Präsident Südkoreas, Anm.d.Red.) gilt als der starke Mann im Lande und... verstand es, zielbewußt sowohl die Streitkräfte in erstaunlich kurzer Zeit zu einem politischen Machtinstrument zu organisieren... Die Dienstzeit für Wehrpflichtige beträgt 30 Monate... Besonders (akklamiert wurden) natürlich die blumengeschmückten Truppenteile der in Vietnam kämpfenden Verbände. Präzision zu Fuß, am Fahrzeug und in der Luft, gut trainierte Körper, harte Gesichter, aus deren Augen Entschlossenheit, Selbstbewußtsein, Siegeswille, vielleicht auch gepaart mit Erbarmungslosigkeit, strahlen. Der militärische Fachmann gibt dieser Armee das Prädikat 'sehr gut'..."  
(Lütgendorf in "Truppendienst", 1/1967, S. 18)

"Je länger die Friedenszeit währt, desto größer ist die Gefahr, daß die Armee in der Handhabung des Ausbildungsdienstes nachlässig wird, weniger ausbildet und mehr verwaltet."  
(Lütgendorf in "Truppendienst" 1/1962, S. 6)

2

"Die zuverlässigsten Quellen der Wehrbereitschaft bilden nach wie vor das Vertrauen zu dem in jeder Hinsicht vorbildlichen Vorgesetzten, die Kameradschaft und die Disziplin. Vertrauen, Kameradschaft, Disziplin sind, wenn man diese Begriffe näher überdenkt, doch nicht nur Quellen der Wehrbereitschaft, sie sind darüber hinaus auch die Grundvoraussetzungen für jede harmonische Gemeinschaft, für ein geordnetes Zusammenleben und Zusammenwirken, wie sie jeder Betrieb, jede Institution, jede Gemeinde sowie der Staat in seiner Gesamtheit braucht."  
( Lütgendorf-Rede in Salzburg, 1964)

Innerpolitische blutige Ereignisse erforderten den Einsatz des Bundesheeres zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren. Hervorzuheben ist dabei, daß alle Offiziere, gleichgültig, welcher Parteirichtung sie angehörten, dem gesetzlichen Auftrag nachkamen und befehlsgetreu ihre Pflicht erfüllten. Die Ereignisse der Jahre 1927, 1934, 1938 mögen warnende Beispiele bleiben... Unbedankt und oft von schwersten Zweifeln und Gewissenskonflikte erfüllt, haben die Offiziere der Ersten Republik ihre Pflicht erfüllt; die überwiegende Masse von ihnen wurden in die deutsche Wehrmacht übernommen, hat wiederum trotz innerer Konflikte und äußerer harte Umstände sich bemüht, das Berufsethos hochzuhalten.  
("Die Stellung des Offiziers in unserer Zeit", aus Truppendienst, Heft 3/1965, S. 211)

"Gerade die heutige Jugend ist im Allgemeinen verweichlicht und benötigt dringend der Anleitung sich zu stählen, um nicht nur als Soldat ein guter Kämpfer zu sein, sondern auch im späteren Existenzkampf sich zu behaupten... Hier muß Härte gefordert werden, Härte im Gefechtsdienst daher, denn da geht es im Ernstfalle um das Bestehen, das Überleben, um Blut.  
(Lütgendorf im "Truppendienst", 1/1962, S. 8)

"Der modern denkende Offizier... muß vom Streben getrieben werden, über den Alltagsdienst hinauszublicken und nach einer alles verbindenden, geistigen Einheit, nach der Wurzel aller Dinge zu suchen... Der neuzeitliche Offizier hat daher einen geschulten Blick für alle Aspekte des modernen Krieges zu haben und muß in der öffentlichen Diskussion der Anwalt des Kräftepotentials und der totalen Kriegsführung sein. (Er) wird dadurch notwendig zum politischen Offizier, d.h. - um eine Definition der Politik von Clausewitz zu gebrauchen - zum Repräsentanten aller Interessen der Gesellschaft."  
(Lütgendorf im "Truppendienst" 3/1965, S. 212)

3

KREISKY VOR DEM BUNDESPARTEITAG ZUR BH-REFORM:

"Wir wollen nicht eine Reform des BH gegen die Offiziere, sondern mit ihnen ... meine Aufgabe sehe ich vor allem darin der Jugend das BH als sinnvoll und zweckmäßig erscheinen zu lassen ... Ziel der Reform ist das BH besser zu organisieren und seine Effektivität erhöhen, damit es schlagkräftiger wird".

KREISKY IM FERNSEHEN; ANLÄSSLICH DER ERNENNUNG LÜT'S:

"Lütgendorf ist der Garant für die Durchführung der Reform ... er ist ein Mordssteher".

KREISKY IM FERNSEHEN; NACHDEM LÜT SICH HINTER DEN KAMERADSCHAFTSBUND STELLTE UND DIE BH-GEGNER BESCHIMPFTE:

"Die SPÖ ist nicht gegen den Kameradschaftsbund ... führende Parteifreunde und sehr geachtete sind im Kameradschaftsbund tätig, das ist nicht im Widerspruch zu den Prinzipien der SPÖ".

KREISKY IM FERNSEHEN ZUR STELLUNG DES VSSTÖ:

"... wenn jemand nicht mit unserer Politik einverstanden ist, ist es besser er verläßt die SPÖ".

KREISKY ZUR FORDERUNG DES DEMONSTRATIONSRATES NACH RÜCKTRITT LÜT'S:

"Wird von mir abgelehnt. Lütgendorf bleibt, weil er bereit ist unsere Vorstellungen über die Reform zu verwirklichen".

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Aus Anlaß der Lütgendorf-Erklärung vom 20. 5. 1971 hat sich ein Aktionskomitee gebildet das aus folgenden Organisationen besteht:

VSStÖ	GESELLSCHAFT DER REDAKTEURE DES NEUEN FORVM
VSM	KRITISCHER KLUB WIEN
IDK	VORBEREITUNGS-AUSSCHUSS FÜR DAS VOLKSBEGEHREN GEGEN DAS BUNDESHEER
KJÖ	
IZD	JUNGE GENERATION
SPARTAKUS	EVANGELISCHES JUGENDWERK
ESG	ÖSTERR. WIDERSTAND
FÖJ	WIENER TAGEBUCH
BSF	AKTION

Die Organisationen protestieren auf das Schärfste gegen die Erklärung von Minister Lütgendorf, die der Ausdruck einer Verschärfung der innenpolitischen Situation in Österreich und symptomatisch für die reaktionäre Funktion des Bundesheeres und für den im Offizierskorps und Kameradschaftsbund herrschenden antidemokratischen Geist ist.

Die Zusammenarbeit des Bundesheeres mit der NATO verletzt die österreichische Neutralität. Daß das Bundesheer sowohl in seiner Funktion als auch im Selbstverständnis seiner führenden Kader eine Bedrohung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte ist, wurde durch die verschiedenen Äußerungen des Ministers nur neuerlich unterstrichen, der sich offen zum Bundesheer von 1934 bekannte und mit seiner Erklärung: "Wir werden nicht tatenlos zusehen!" zu Terroraktionen wie sie die NDP schon durchführte, aufgerufen hat.

Die Jugendlichen haben angefangen, die Disziplinierung durch das Bundesheer zu durchschauen und ihr Widerstand entgegenzusetzen. Sie werden auch nicht hinnehmen, daß das Bundesheer zu einer Bürgerkriegsarmee wie vor 1934 gemacht wird.

Die Jugend fordert den sofortigen RÜCKTRITT VON LÜTGENDORF und die ABSCHAFFUNG DES BUNDESHEERES.

Das Aktionskomitee ruft für Dienstag, den 8. Juni 1971, zu einer M A S S E N D E M O N S T R A T I O N der ARBEITERJUGEND, der STUDENTEN, SCHÜLER und PRÄSENZDIENER gegen Lütgendorf und gegen das Bundesheer auf.

Heute Donnerstag den 27. 5., haben die ersten Protestaktionen begonnen. Jugendliche besetzten das Dach des VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUMS und hielten zwei Transparente mit der Aufschrift: "BUNDESHEERREFORM - RÜSTUNG GEGEN DIE ARBEITER" und "DEMONSTRATION - 8. 6.". Am KARL-MAX-HOF wurde ein Transparent mit der Aufschrift: "LÜTGENDORFS VORBILD: ARBEITERMORD 1934" entrollt.

# Anti-Lütgendorf-Transparente am Verteidigungsministerium

Sie wurden erst nach 15 Minuten entdeckt

WIEN. Zwei Transparente, ein rotes und ein schwarzes, flatterten gestern vom Dach des Heeresministeriums auf dem Franz-Josefs-Kal in der Wiener Innenstadt. Auf der schwarzen stand zu lesen: „Bundesheerreform – Rüstung gegen die Arbeiter“, und verziert war sie mit einem Kruken- und Hakenkreuz. Auf der roten wurde zu einer Demonstration für den 8. Juni aufgerufen.

Beide Transparente wurden – wie es in der offiziellen Aussendung heißt – von „bisher unbekanntem Tätern“ aus einem Dachfenster des Ministeriums gehißt. Ihre Enden baumelten ausgerechnet vor dem Fenster des Generaltruppeninspektorats, in das Lütgendorf so gerne nach seiner Ministerschaft einziehen möchte. Es dauerte mehr als eine Viertelstunde, bevor man im Ministerium die zwei Transparente bemerkte und sie einziehen ließ.

Ein weiteres schwarzes Transparent war auf dem Wiener Karl-Marx-Hof angebracht worden. Es trug die Aufschrift: „Lütgendorfs Vorbild – Arbeitermord 1934“ und bezog sich auf eine Erklärung des Ministers, die er auf seiner Pressekonferenz am 18. Februar abgab. Damals rühmte er das „Bundesheer als ordentliches Element bei Unruhen im Inneren“, und auf einen Zwischenruf des „Volks-

stimme“-Vertreters, ob er damit den Beschuß des Karl-Marx-Hofes im Jahre 1934 meint, rechtfertigte er das Vorgehen des Bundesheeres mit den Worten: „Ich meine, das Heer hat damals dafür gesorgt, daß nicht mehr Unruhe eingetreten ist“. Schließlich wurde die Feuerwehr alarmiert, um das Transparent zu beseitigen.

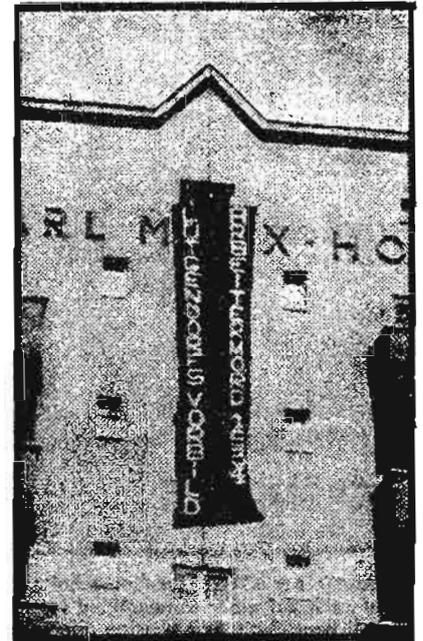
In einer Presseaussendung protestiert ein Aktionskomitee, dem mehrere Jugendorganisationen, darunter auch die KJO, angehören, gegen die jüngste Difamierung der Jugend durch Lütgendorf. Die Arbeiterjugend, die Studenten, die Schüler und die Präsenzdiener werden für den 8. Juni zu einer Demonstration gegen Lütgendorf und das Bundesheer aufgerufen.

Der Protestbewegung gegen Lütgendorf schloß sich jetzt auch die Österreichische Studentenunion an. In einem Telegramm wendet sie sich gegen jede Pauschalverdächtigung.

## 2 POLITIK

### Als Protest gegen „Lü“: Fahnen am Ministerium

Eine rote und eine schwarze Fahne flatterten Donnerstag früh kurze Zeit aus einem Dachfenster des Verteidigungsministeriums. Mit Aufschriften wie „Demonstration 8. VI.“ und „Bundesheerreform – Rüstung gegen die Arbeiter“ protestierte das „Aktionskomitee gegen Lütgendorf“ gegen die letzten Äußerungen des Ministers. Der Spuk war nach 15 Minuten vorüber, als die Fahnen eingeholt wurden. Ein ähnliches Transparent wurde am Karl-Marx-Hof gehißt



Volksstimme  
und  
Kurier  
vom  
25. 5. 1971

AUSZUG AUS DER NICHT BESCHLOSSENEN POLITISCHEN LATTFORM FÜR  
DIE DEMONSTRATION AM 8. 6. 1971

Die Tatsache, daß die österreichische Sozialdemokratie, nun auch noch die reaktionären Soldatenbünde als Bündnispartner betrachtet, ist nur der offenkundigste Ausdruck der Entwicklung, die mit dem 1. März 1970 zwar nicht begonnen, jedoch immer galoppierender wurde: die restlose Integration der SPÖ in den Kapitalismus bzw. die ihn absichernden staatlichen Instanzen, sowohl national als auch international (EWG - NATO). Diese "Entwicklung" = Verzicht auf jegliche sozialistische Perspektive ist heute bereits so weit gediehen, daß die Sozialdemokratie (SD) nicht einmal mehr den unmittelbaren Forderungen der Arbeiter (Löhne, Preise, Mieten usw.) gerecht wird. Man könnte Bibliotheken füllen mit dem, was sich heute in den österreichischen Betrieben abspielt. Die SP-Gewerkschafter, die SP-Vertrauensleute, die Betriebsräte sie alle stehen unter einem stets massiver werdenden Druck von unten und stets ist es dasselbe Problem: die Arbeiterinteressen wurden hintergangen, nach wie vor sind es die Kapitalisten und ihre Sachwalter die den Ton angeben. Es ist genau die vehemente Arbeiterkritik, die die innenpolitische Situation völlig umgekrempelt hat. Ab sofort braucht die revolutionäre Idee nicht mehr kleinkarierte Modelle aus sich selber zu basteln, wie denn an die Arbeiter "ran zu kommen" sei. Es genügt ihre Unzufriedenheit, ihre Kritik, ihre Wut aufzugreifen, sich ihnen als Interpreten der gesellschaftlichen Realität zur Verfügung zu stellen und ihnen so eine Perspektive zu geben, damit ihre Aktivität nicht mangels der notwendigen theoretischen und organisatorischen Unterstützung in der passiven Resignation endet. Hier ist nicht der Ort, um alle politischen Manöver der SD - de facto - Koalition mit der FPÖ, einer Bourgeois-Partei, die jetzt auch noch in den Gewerkschaftsbund aufgenommen wird - und die diversen Absahnungspraktiken bei den Löhnen der Arbeiter - rapides Wachsen der indirekten Steuern - restlos aufzuzählen. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß sie nicht unbeantwortet blieben. Daß die "Antwort" der Arbeiter (spontane Arbeitsniederlegung, Betriebsversammlungen, Verabschiedung von Protestresolutionen) nicht die entsprechende Öffentlichkeit fand, nicht an ihnen liegt, die nicht über die nötigen Publikationsorgane verfügen.

Damit schließt sich der Kreis (es ist klar, daß mit dieser strategischen Einschätzung der Rolle der SD, das Problem der taktischen Vermittlung, d.h. konkret der Gewinnung der sozialdemokratischen Massen nicht gelöst ist!). Die Aufnahme Lütgendorfs, der seine Sympathie für das österreichische Bundesheer im Jahre 1934 nicht verhehlen will, in die SP-Regierung ist kein personeller "Ausrutscher" auch keine taktische, parlamentarische "Konzession", sondern Ausfluß der wohlüberlegten Strategie der SD, die Stabilisierung und Rationalisierung des Kapitalismus zu besorgen. Da solch eine "Modernisierung" nur auf Kosten der Arbeiter vor sich gehen kann und mit ihren Kämpfen zu rechnen ist, gilt es die "staatserhaltenden Kräfte" zu konsolidieren und ihre Repressionstätigkeit in Übereinstimmung zu bringen. Daher technokratische Bundesheerreform = Effizienzsteigerung für die zukünftigen Unterdrückungsaufgaben, daher weiters "Aufwertung" der reaktionären Kriegerverbände, um in Konfliktfällen nicht gleich immer die staatliche Exekutive einsetzen zu müssen.

Es ist klar, daß dieser Verteidigungsminister, Lütgendorf, W E G M U S S ! Mit einem Rücktritt und der Bestellung einer gewitzteren Charaktermaske ist das Problem jedoch alles andere als gelöst. Eine "Lösung" erfolgt nur dann, wenn der Staat und seinesichtbarstes Unterdrückungsorgan, das Heer, aus den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft, zuletzt aus dem Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern abgeleitet wird. Die "Bundesheerfrage" kann nur dann richtig angegangen werden, wenn sie über einige Vermittlungsschritte als Ausdruck des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft gesehen wird.

Unsere Demonstration setzt sich das Ziel, entsprechend den jeweiligen Bereichen die ersten organisatorischen Ansätze für die Aufhebung der Kluft zwischen Arbeitern außerhalb und innerhalb der Kasernen zu schaffen - bei entsprechender Unterstützung durch die revolutionäre Intelligenz -, und konzentriert an der Reaktivierung der österreichischen Arbeiterklasse zu wirken.

#### VORSCHLAG SCHÖNBECK, NENNING, MIYTTTEIS



Lütgendorf rüstet gegen uns

General Baron Lütgendorf, Heeresminister der Sozialdemokratischen Regierung, am 20.5. vor dem Kameradschaftsbund Salzburg: Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie junge verblendete Heißsporne den Frieden in diesem Lande stören.

Schon werden junge Menschen von NDP-Schlägertrupps unter Führung aktiver Bundesheeroffiziere geprügelt. Seit den Tagen des Heimwehrafaschismus und der Nazis wurde noch nie so unverschämt zum Terror gegen fortschrittliche Kräfte aufgerufen. Lütgendorf hetzt gegen die Jugend, über das Bundesheer soll nicht diskutiert werden. Dies soll eine Reform folgenden Inhalts erleichtern:

- + Wiederbelebung faschistischer Heimwehren durch Aufstellung von Landeswehrverbänden;
- + Schaffung eines schlagkräftigeren Kaderpersonals als Bürgerkriegsarmee;
- + verstärkte Unterdrückung der Präsenzdiener durch ständige Überwachung mittels Waffenübungen.

Lütgendorf will die Jugend unterdrücken, die Jugend wird ihm die Antwort geben.

Fort mit Lütgendorf!

Lütgendorf ist kein Zufall, Bundesheer, Faschismus und Kapitalismus gehören zusammen.

Lütgendorf lobte offen die Bürgerkriegsrolle des Bundesheeres im Feber 1934.

Die sozialdemokratische Regierung verkündet ein "Humanprogramm für ein modernes Österreich". So will sie die Stimmen der Jugend gewinnen. Zugleich verbündet sie sich mit Lütgendorf, der reaktionäre Organisationen wie den Kameradschaftsbund als "unverdorbene Kräfte des Volkes" bezeichnet.

Kampf dem Bundesheer! Meldet Mißstände und Schleifer! Unsere Anwälte sorgen für Rechtsschutz. Leistet Widerstand innerhalb und außerhalb der Kasernen - Aktionskomitee gegen das Bundesheer, Museumstraße 5

Gegen die vereinigte Reaktion der gemeinsame Kampf der Jugend mit allen fortschrittlichen Kräften !

# LÜTGENDORF



rüstet  
gegen  
UNS!

8

## DIE ARBEITERJUGEND DEMONSTRIERT

GEMEINSAM MIT SCHÜLERN UND STUDEN-  
TEN, IN ZIVIL UND IN UNIFORM

DI. 8 JUNI BEIM AEFZ<sup>UM</sup><sub>18<sup>h</sup></sub>

# WANN LÄSST LÜTGENDORF AUF ARBEITER SCHIESSEN?

Jetzt reden sie nur: daß sie "nicht tatenlos zusehen werden", wie die Arbeiterjugend sich zu organisieren beginnt - gegen die Unterdrückung in den Kasernen, in den Heimen, am Arbeitsplatz .... Und manchmal schicken sie ihre Schlägertrupps von der NDP, wie beim IdK - Kongress am 26. März, oder in Mürzzuschlag letztes Jahr, wo wir sie in die Mürz gejagt haben.

Das Bundesheer war immer ihr wirksames Instrument. Wer von Familie, Schule, Betrieb, Fürsorge noch nicht gebrochen ist, der soll im Bundesheer den letzten Schliff bekommen. Die Zeit ist aber vorbei, wo ihnen das gelingt. Die Phrasen von "Ehre", "Vaterlandsverteidigung" usw., die Ihre Offiziere bei der Musterung und in den Kasernen schwingen, interessieren heute keinen Schwanz mehr. Wir sind nicht mehr bereit, uns den Schliff und Drill im Kasernenhof länger bieten zu lassen.

Das wissen sie. Und deshalb drohen sie uns. Der LÜTGENDORF droht ganz offen mit dem Bundesheer von 1934, dessen Artillerie die Häuser der aufständischen Arbeiter zusammengeschoßen hat. Ihre Bundesheerreform heißt Aufrüstung - gegen uns.

Wir appellieren an die Solidarität der älteren Arbeiter. Sie haben 1934 erlebt, wie das Bundesheer das einzige Mal in seiner Geschichte einen Krieg gewonnen hat: den BÜRGERKRIEG GEGEN DAS VOLK, im Dienst der Machthaber, im Dienst der Unternehmer.

20 000 Jugendliche sind als Präsenzdienster in den österreichischen Kasernen. Wenn sie einig sind, wenn sie zusammenhalten, dann werden alle Einschüchterungsversuche und Schikanen umsonst sein. Sie können auf die SOLIDARITÄT der Jugendlichen außerhalb der Kasernen rechnen.

# DEMONSTRATION & VI. 71-1730-AEZ

ABSCHLUSSKUNDGEBUNG: WIEN XX., WALLENSTEINPLATZ.

# RÜCKTRITT LÜTGENDORF! KAMPF DEM BUNDESHEER

DIE DEMONSTRATION IST NUR EIN ANFANG.  
WIR HABEN DIE HERAUSFORDERUNG ANGENOMMEN.

Spartakus, Internationalität der Kriegsdienstgegner, Verband Sozialistischer Mittelschüler, Verband Sozialist. Studenten, Junge Generation in der SPÖ, Evangelische Studentengemeinde, Kommunistische Jugend Österreichs, Freie Österreichische Jugend, Aktion, Marxistisch-leninistische Studenten, Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, Gesellschaft der Redakteure des Neuen Forum, Kritischer Klub Wien, Vorbereitungsausschuß für das Volksbegehren gegen das Bundesheer.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Kritischer Klub, 1070 Wien, Museumstraße 5. Für den Inhalt verantwortlich: Christian Piliwein, 1130 Wien, Waldvogelstraße 22-24.





## Auszug aus dem FÖJ-Flugblatt

10

Lütgendorf hat schon einmal die Dinge beim Namen genannt als er als Beispiel für die Ordnungsfunktion des Keeres den Februar 1934 anführte. Februar 1934 hat das damalige Bundesheer auf Arbeiter- viertel geschossen !

Das ist das was LO und Co. wirklich gelernt haben und für Österreich geleistet haben.

### UND DIE SPÖ-REGIERUNG UNTER KREISKY ?

Diese Regierung ist schwach, sie verfügt über keine parlamentarische Mehrheit. KREISKY hat als Konzession gegenüber der Rechten (ÖVP, FPÖ) einen sogenannten unabhängigen Fachminister genommen.

ANSTATT gegen antidemokratische Vorurteile bestimmter Kreise in Öster- reich aufzutreten,

ANSTATT der Militarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken, ver- suchen "Kreisky und sein Team" diese Vorurteile für sich auszunützen.

Da wir aber nicht bereit sind "biedere Untertanen" zu werden, die das Denken den "Oberen" überlassen, die nicht wie Marionetten be- handelt werden wollen, wenden wir uns gegen diese Politik.

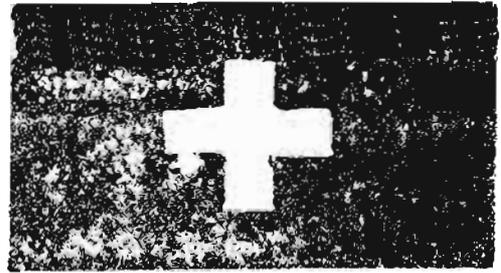
Wir sind gegen das Bundesheer, weil mit seiner Hilfe die Aufrecht- erhaltung der "inneren Ordnung und Ruhe" gewährleistet werden soll. Damit meinen die Herrschenden, daß wir weiter unmündig bleiben sollen, daß wir noch mehr Geld aufbringen sollen, und unsere Bevormundung und Erziehung zu Spiessern selbst zu bezahlen.

FREIE ÖSTERREICHISCHE JUGEND  
Bewegung für Sozialismus

D E M O N S T R A T I O N

D I E N S T A G 8. J U N I 18 Uhr B E I M A E Z





Sehr geehrter Herr Bundespräsident Jonas !

Vor einem Jahr überfielen Nazis unter Anführung des berüchtigten Südtirolattentäters Norbert Burger ein internationales Lehrlingslager bei Mürzzuschlag in der Steiermark. An diesem Lager nahmen auch Schweizer Lehrlinge teil. Wir hätten eigentlich erwartet, daß Burgers Nazischläger schnellstens zur Verantwortung gezogen würden. Bis heute hat aber noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden. Dafür hielt es der österreichische Heeresminister, Brigadier Lütgendorf, kürzlich für nötig, den Kameradschaftsbund zur Hexenjagd auf die kritische Jugend anzufeuern: "Gerade in der gegenwärtigen und hektischen Zeit, die von Materialismus und wirren Gedanken über eine Änderung unserer Gesellschaftsordnung erfüllt ist, kommt es darauf an, daß jene unverdorbenen Kräfte im Volk, zu denen wir Erwachsenen den Kameradschaftsbund zählen, welche die stark angeschlagene Heimat nach 1945 wieder aufbauten, kühlen Kopf bewahren. Wir dürfen eben nicht tatenlos zusehen, wie einige meist verblendete und von Anarchisten im Ausland gesteuerte junge Heißsporne versuchen wollen, den inneren Frieden in unserem gottgesegneten, wirtschaftlich blühenden Land zu zerstören".

Herr Lütgendorf scheut sich zwar, Namen zu nennen, aber wer die Entwicklung der Jugendopposition in Österreich verfolgt, weiß, welche Organisationen der Heeresminister am liebsten aus der Welt schaffen möchte, einerseits die Kriegsdienstgegner, andererseits die Lehrlings- und Arbeitergruppen, an ihrer Spitze Spartakus. Gegen diese Jugendlichen, "die bisher noch nichts für ihre Heimat geleistet haben", sucht Brigadie Lütgendorf in jenen Kreisen Unterstützung, welche vor 30 Jahren "etwas geleistet haben".

Was sich Herr Lütgendorf hier erlaubt, gleicht einem offenen Aufruf zum Bürgerkrieg; ein seltsames Verhalten für einen Minister in einem demokratischen Land.

Auch in unserem Land macht sich immer mehr eine gezielte Hetzkampagne gegen die oppositionelle Jugend bemerkbar. Wir sind entschlossen, gegen die erschreckend deutlichen Tendenzen anzukämpfen, wo auch immer in Europa sie auftreten mögen. Zusammen mit den antifaschistischen Gruppen in Österreich, insbesondere der Jugendorganisation Spartakus, protestieren wir aufs schärfste. Wir hoffen, daß die polizeilichen Verfolgungen gegen die Spartakisten eingestellt werden.

Sollte die demokratische, antifaschistische Demonstration vom 8. Juni Anlaß zu Polizeiaktionen oder gar Nazieinsätzen sein, so behalten wir uns vor, unsere Mitbürger gründlich zu informieren.

Wir vertrauen auf Ihre Stellung als Bundespräsident und grüßen Sie

hochachtungsvoll

Dr. Arthur Schmidt (Präsident der Sozialdemokratische Partei der Schweiz),

Arthur Villard (Vice-Präsident der SDP der Schweiz)

Friedrich Dürrenmatt

Schmiedling, Marty

Ferner mehr als 20 Schriftsteller, führende Gewerkschaftsmitglieder ....



## «Auch in der Schweiz» Hetzkampagne gegen die Jugend: Lehrlings-Protest vor der Botschaft

sd. Mitglieder der «Hydra»-Lehrlingsgruppen in Zürich, Basel, Winterthur, Schaffhausen und Bern sowie verschiedener Sektionen der Internationale der Kriegsdienstgegner haben am Wochenende auf der österreichischen Botschaft in Bern einen Protestbrief zuhänden des österreichischen Bundespräsidenten Jonas abgegeben.

In diesem Brief protestieren die Lehrlinge — unterstützt von zahlreichen bekannten Persönlichkeiten der Schweiz — gegen eine gezielte Hetzkampagne gegen die oppositionelle Jugend in Oesterreich, an der sich auch der österreichische Heeresminister Lütgendorf beteilige.

Die Lehrlinge schreiben in diesem Brief u. a.: «Wir hätten eigentlich erwartet, dass Burgers Nazischläger, die vor einem Jahr ein internationales Lehrlingslager bei Mürzzuschlag (Steiermark) überfallen haben, schnellstens zur Verantwortung gezogen würden. Bis heute hat aber noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden. Dafür hielt es der österreichische Heeresminister, Brigadier Lütgendorf, kürzlich für nötig, den «Kameradschaftsbund» zur Hexenjagd auf die kritische Jugend an-

zufeuern. Herr Lütgendorf scheute sich zwar, Namen zu nennen, aber wer die Entwicklung der Jugendopposition in Oesterreich verfolgt, weiss, welche Organisationen der Heeresminister am liebsten aus der Welt schaffen möchte: einerseits die Kriegsdienstgegner, andererseits die Lehrlings- und Arbeitergruppen, an ihrer Spitze die «Spartakus-Gruppe».

Und weiter: «Auch in der Schweiz macht sich immer mehr eine gezielte Hetzkampagne gegen die oppositionelle Jugend bemerkbar; wir sind entschlossen, gegen diese erschreckend deutlichen Tendenzen anzukämpfen, wo immer in Europa sie auftreten mögen.»

Mit diesem Schreiben haben sich u. a. folgende Persönlichkeiten einverstanden erklärt: W. N. Diggelmann, Kurt Marti, Jürg Steiner, Clemens Meitler, Adolf Muschg, Jakob Lechieltner, Arthur Villard, Friedrich Dürrenmatt, Paul Nizon, Sergius Golowin, Arthur Schmid, Alexander Seiler, Kurt Gloor, Jürg Federspiel, H. J. Braunschweig, Andreas Gerwig, Walter Vogt und Manfred Schwarz.



Lehrlings-Protest vor der österreichischen Botschaft in Bern: «Auch in der Schweiz gezielte Hetzkampagne gegen oppositionelle Jugend...  
Bild: Photopress

## ERKLÄRUNG LINKER SOZIALDEMOKRATEN AN KREISKY

Heeresminister General Lütgendorf erklärte am 20. Mai vor dem Kameradschaftsbund Salzburg "wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie einige geistig verblendete und von Anarchisten im Ausland gesteuerte junge Heißsporne den inneren Frieden in unserem wirtschaftlich blühenden Land zu zerstören suchen".

Seit den Tagen eines Fey und Starhemberg hat niemand so unverhüllt zum Terror gegen Andersdenkende aufgerufen. Durch seinen Appell an "die unverdorbenen Kräfte im Volk, zu denen auch der Kameradschaftsbund zählt" benannte er zugleich auch jene rechtsextremistischen Kräfte, die diesen Terror ausüben sollen. Hierzu kommt seine positive Bewertung der Rolle des Bundesheeres im Jahre 1934.

Die Unterzeichneten würden solche Erklärungen eines amtierenden Ministers verurteilen, gleichgültig welcher Regierung er angehört. Erst recht gilt dies für eine sozialistische Regierung, deren politisches Konzept die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist. Im Rahmen eines derartigen Konzeptes sind Lütgendorfs Äußerungen völlig inakzeptabel.

Die Unterzeichneten hielten es für verhängnisvoll, wenn die österreichische Sozialdemokratie durch eine sogenannte "Öffnung nach rechts" im Gegensatz zu ihren eigenen Prinzipien geriete. Die darin liegende Gefahr ist umso größer, als gleichzeitig die in Krise befindliche ÖVP eine Entwicklung nach rechts mitmacht, die FPÖ durch ihre deutliche Aufwertung verstärkten innenpolitischen Einfluß gewinnt und die NDP gerade in letzter Zeit immer unverschämtere Aktivität entfaltet. In diesem Zusammenhang fordern die Unterzeichneten:

1. Klare Distanzierung von der Bürgerkriegsrolle des Bundesheeres im Jahr 1934.
2. Klare öffentliche Distanzierung von Gewalttaten von Bundesheerangehörigen gegen politisch Andersdenkende.
3. Unterbindung von rechtsextremistischen Aktivitäten innerhalb des Bundesheeres.

G. NENNING

J. HINDELS

Dr. E. SCHMIDT (Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ÖGB)

Philipp SCHÖNBECK (VSSÖ-Vorstand)

Prof. Dr. E. MARZ

Menachim BARGIL

Univ.-Prof. Dr. P. WEINZIERL

Kurt HORRAK (Zentralsekretär der Gewerkschaft der Chemiewerker)

U.A.

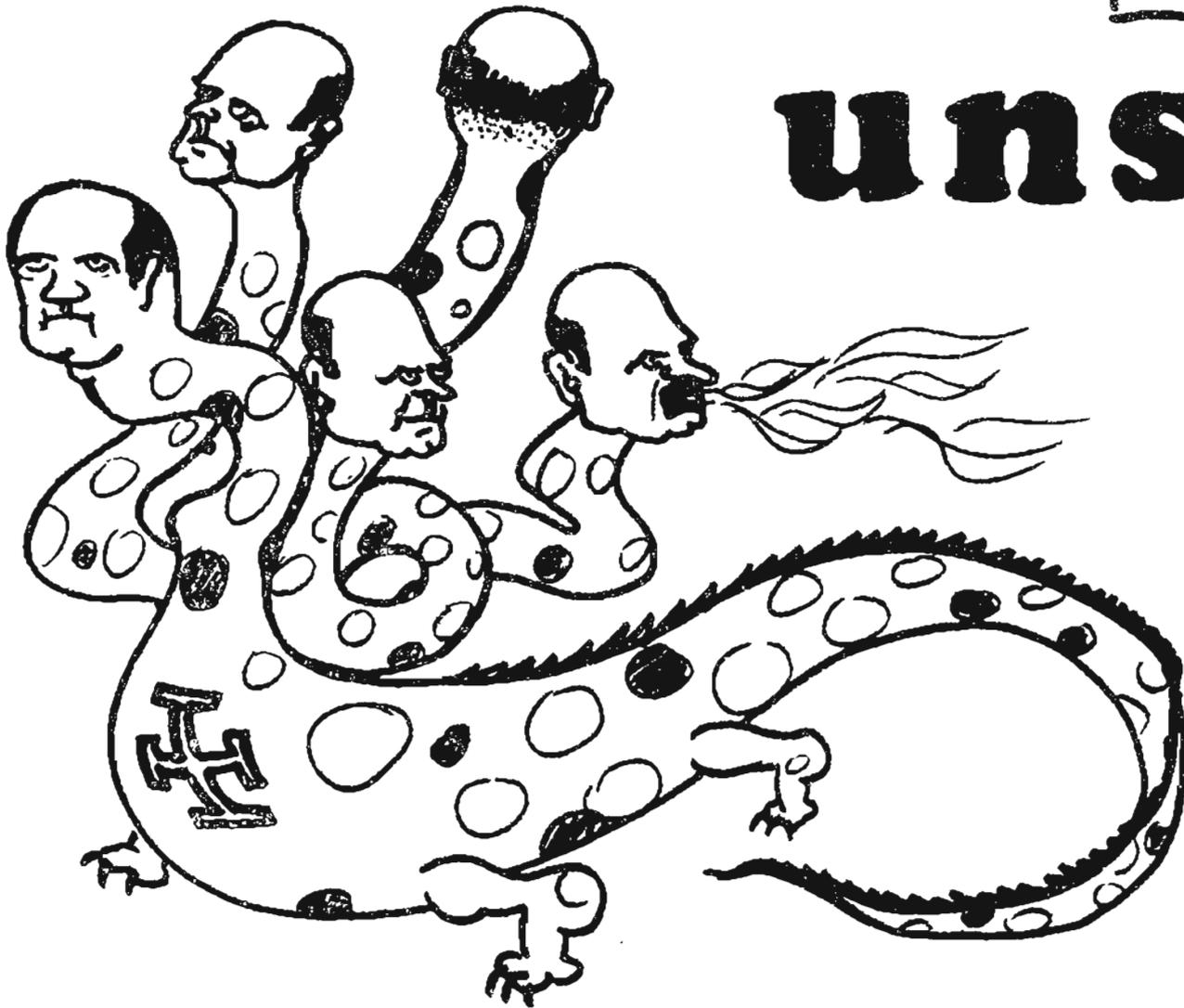
# Lütgendorf

rüstet

gegen

13

# uns!



W  
i  
r

# demonstrieren gegen ihn

am **dienstag** den **8. juni**

treffpunkt **18.00** uhr

landhaus / promenade

Flugblatt  
LINZ

**POST- UND TELEGRAPHENVERWALTUNG**

Dienstliche Vermerke:

Telegramm

Gattungsbezeichnung

**Ankunft / Durchgang**

Aufgenommen

Übermittelt

von

an

am

am

durch

durch

Arbpl.

Arbpl.

1732  
6.11.1910  
1079

Aufgaben

Zugemittelt

1223 1070/ANSE 1175 1251 41EM 0 LESTEN NR 157 20/26 8 1010 =

am

um

durch

Arbpl.

Gebührenfreie Dienstvermerke

DIE SEKTION LEHREN DES VSSIDE ERKLÄRT SICH MIT DER HEUTE SITTIFINDENDEN DEMONSTRATION FUER DEN SOFORTIGEN RUECKTRIT LUEIGENDORFS UND FUER DIE ABSCHAFFUNG DES BUNDESHEERES SOLIDARISCH DIE FORDERUNG NACH EINEM RUECKTRIT LUFZENDORFS WURDE BEREITS IN UNSEREM TELEGRAMM VOM 25.10.71 AN BUNDESKANZLER KREISKY GESTELLT = VSSIDE - SEKTION LEHREN + C

11 5 1070 26.10.71 + 41



STELLUNGNAHME DES DEMONSTRATIONSKOMITEES ZUR  
DEMONSTRATION AM 8. JUNI 1970

Heute demonstrierten in Wien rund 3000 Jugendliche, größtenteils Arbeiter, gegen das Bundesheer und für den Rücktritt von Verteidigungsminister Brigadier Karl Lütgendorf. In Linz und in Salzburg demonstrierten je 1000 Jugendliche, in Innsbruck 500.

Durch die Demonstration wurde eine Mobilisierung der Arbeiterjugend erreicht, wie es sie in Österreich seit vielen Jahren nicht mehr gegeben hat.

Als unmittelbare Folge der Demonstration werden sich Kasernenkomitees bilden, deren Aufgabe es sein soll, die Rechte der Präsenzdiener zu wahren und Schikanen zu verhindern.

Einige rechtsradikale Splittergruppen versuchten mehrmals, den Marsch zu stören. Sie wurden von den Ordnern sofort ausgeschaltet.

Die Polizei versuchte während des Marsches durch die Praterstraße, den letzten der vier Lautsprecherwagen abzudrängen. Dies wurde von den Demonstranten verhindert. Die Einsatzleitung der Polizei war gezwungen, ihre Leute zurückzuziehen.

Auf dem Weg durch den Prater und während der Kundgebung vor der Albrechtskaserne schlossen sich ständig neue Gruppen, insbesondere Präsenzdiener, dem Zug an.

Die Demonstration war ein Zeichen der Stärke, weil der spontan organisierte Ordnungsdienst tadellos funktionierte und die Jugendlichen größte Disziplin zeigten. Es kam zu keinerlei ernststen Zwischenfällen.

Bei der Demonstration in Salzburg kam es zu mehreren Bränden, die vermutlich von Rechtsradikalen gelegt wurden. Der gesamtösterreichische Demonstrationsrat verwehrt sich entschieden gegen diese Unterstellung der Salzburger Polizeidirektion, daß diese Brände im Zusammenhang mit den Veranstaltern dieser Demonstration stehen.

Montag, den 14. Juni, findet im Gewerkschaftshaus in der Treitlstraße in Wien 4 eine Versammlung statt, die der Gründung von Kasernenkomitees dienen soll. Diese Komitees sollen erstmals zum nächsten Einrückungstermin, dem 15. Juni, in Aktion treten.

Wir nehmen die Herausforderung ebenfalls an!  
Wir werden Österreich gegen diese Moskaufreunde noch JETZT verteidigen, solange es noch nicht zu spät dazu ist, und solange man Österreich noch geistig verteidigen kann. Wir werden unsere demokratischen Rechte im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten nützen und uns geschlossen an der bereits geplanten GEGENDEMONSTRATION beteiligen. Was sollte das für eine Demokratie sein, wo nur immer die Volkszer-setzer reden dürfen, auch WIR werden unsere Meinung kundtun!  
Unter "WIR" darf es jetzt keine Engstirnigkeit bezüglich Gruppen oder Parteien geben!!!! Unter "WIR" muß jeder aufrechte Österreicher mittun, der sein Vaterland liebt und bereit ist, es zu schützen!!!

TREFFPUNKT ZUR GEGENDEMONSTRATION:

Dienstag, 8. Juni 71, um 17 Uhr beim  
Deutschmeisterdenkmal am Schottenring  
(gegenüber Ringturm).

Laßt uns und die teilnehmenden anderen Organisationen nicht allein in dieser entscheidenden Stunde des Kampfes für die Demokratie und Neutralität Österreichs!

Nehmt Kameraden und Freunde mit, so viele ihr könnt!

Die Kameradschaftsführung.



# Demonstration

2000 Jugendliche marschierten durch Wien

Verteidigungsministerium und Albrechts-Kaserne wurden umstellt

## gegen Minister

Wien (Eigenbericht). Stahlhelmbewehrte Polizisten umstellten Dienstag abend das Verteidigungsministerium und die Albrechts-Kaserne in Wien. Rund zehntausend Jugendliche marschierten durch die Straßen, demonstrierten gegen den Verteidigungsminister und forderten in Sprechchören und mit Transparenten seine Absetzung.

Die Wiener Polizei hatte alle Hände voll zu tun, um die Demonstranten, so gut es ging, im Zaum zu halten. Kurz nach 18 Uhr setzten sich die Demonstranten vom ALZ auf der Landstraße aus in Richtung Franz-Josefs-Kai zum Verteidigungsministerium in Bewegung. Einige Jugendliche wollten den Polizeikordon durchbrechen, wurden aber von den Beamten wieder zur Vernunft gebracht. In der Praterstraße mußte die Polizei neuerlich in Aktion treten. Nach der Explosion eines Knallkörpers, der von

Gegendemonstranten geworfen worden war, kam es zu einer Rauferei zwischen den Jugendlichen. Die Polizei mußte Verstärkung anfordern, um die Demonstranten wieder zu trennen. Während sich der Demonstrationzug über die Ausstellungsstraße in Richtung Albrechts-Kaserne weiter fortbewegte, kam es zu einer „Tomatenschlacht“ zwischen Jugendlichen verschiedener politischer Gruppen. Drei „Schützen“ wurden von der Polizei festgenommen.

Zur gleichen Zeit fanden auch in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg Demonstrationen gegen den Verteidigungsminister statt. Während die Demonstranten in Salzburg über den Mirabellplatz marschierten, brachen in unmittelbarer Nähe

in vier Wohnhäusern Brände aus. Zur Zeit untersucht die Polizei, ob diese Brände in Zusammenhang mit der Demonstration gebracht werden können. Die Feuerwehr vermutet nämlich, daß es sich um Brandlegungen handeln könnte. Zum Glück wurde durch das Feuer niemand verletzt. Bei den Demonstrationen in den Landeshauptstädten kam es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen.

Wie Innenminister Rösch gestern abend mitteilte, wurde gegen einige der Demonstranten die Anzeige erstattet, da sie auf ihren Transparenten auch Parolen gegen die Polizei stehen hatten, die Demonstration jedoch nur gegen das Bundesheer angemeldet gewesen war.

„Kurier“

# Demonstrationen gegen „Lü“ und das Bundesheer

Wien. — Gegen die Rede Verteidigungsminister Lütgendorfs beim Kameradschaftsbund im speziellen und gegen das Bundesheer im allgemeinen demonstrierten Dienstag abend linksgerichtete Jugendliche in Linz, Graz, Innsbruck, Salzburg und Wien. In der Bundeshauptstadt zogen etwa 1500 Manifestanten vom Bahnhof Landstraße zum Verteidigungs-

ministerium und weiter bis zur Albrechtskaserne. Auf dem Weg kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit Anhängern der NDP, welche die Demonstration zu stören versuchten.

In Sprechchören forderten die Demonstranten den Rücktritt Verteidigungsminister Lütgendorfs und die Abschaffung des Bundesheeres. Die NDP-Leute antwor-

ten mit dem Absingen des „Horst-Wessel-Liedes“, vor dem hermetisch abgeriegelten Verteidigungsministerium flogen auch einige faule Eier und ein Sprengkörper durch die Luft. Bei direkten Konfrontationen gelang es der Polizei, die rechts und links vom Demonstrationzug „mitmarschierte“, die Gruppen zu trennen. Insgesamt wurden vier Verhaftungen vorgenommen.

Mit einer Kundgebung vor der Albrechtskaserne gegen 21.30 Uhr wurde die Demonstration abgeschlossen. Der Verkehr auf dem Ring, dem Kai und der Praterstraße war jeweils eine halbe Stunde lang umgeleitet worden.

Harmlos verliefen die Demonstrationen in den Bundesländern. Jeweils 300 Leute nahmen daran teil. Nur in Salzburg griff die Polizei ein, als die Anti-Lütgendorf-Manifestanten durch Sitzstreiks die Innenstadt blockieren wollten.

Gerüchteweise wurden auch vier Kellerfeuer, die von Brandstiftern in Salzburg gelegt worden waren, mit der Demonstration in Zusammenhang gebracht. Die Polizei: „Wir tappen bei der Suche nach den Tätern noch im dunkel“

„Kronen-Zeitung“

„Arbeiterzeitung“

### NDP-Ordner beworfen Demonstranten

WIEN (AZ, apa). Rund 1200 Jugendliche demonstrierten Dienstag vor dem AEZ gegen Äußerungen von Verteidigungsminister Lütgendorf. Die Demonstranten zogen zum Verteidigungsministerium und von dort weiter über den Praterstern zur Albrechtskaserne. Die Polizei nahm drei NDP-Angehörige, die die Demonstranten mit Parabels, Erdäpfeln und Steinen beschossen hatten, fest.

alle vom 9. Juni 1971

17	18	19
----	----	----

# „Weg mit Lütgendorf und Bundesheer ...!“

## Machtvolle Jugenddemonstration gegen Kreiskys Scharfmacher — Über 1500 zogen durch Wien

WIEN. Mehr als 1500 junge Menschen nahmen am Dienstagabend in Wien an einer Demonstration gegen die Regierung Kreisky und ihren Verteidigungsminister Lütgendorf teil. Kämpferisch und diszipliniert zogen die jungen Leute unter der Hauptflosung „Weg mit Lütgendorf!“ vom AEZ über den Franz-Josefs-Kai am Verteidigungsministerium vorbei, über die Praterstraße zur Albrechtskaserne.

Die Demonstration, zu der verschiedene Organisationen aufgerufen hatten, wie KJÖ, MLS, Roter Schülerbund, Spartakus, FÖJ, Neues Forum und andere, gestaltete sich zu einer klaren Absage an die reaktionäre Militärpolitik Lütgendorfs. Auch sozialistische Studenten, deren Organisation auf höhere Weisung an dem Protestmarsch nicht teilnehmen durfte, schlossen sich der Demonstration an und hatten sich eigens Plaketten mit der Aufschrift „Ich bin Mitglied des VSSÖ“ angesteckt.

Dichtes Spalier umsäumte die Straßen, als sich der Demonstrationszug der jungen Menschen vor dem AEZ bildete. Auf Plakaten, die auf Lautsprecherwagen

mitgeführt wurden, hieß es in ironischer Abwandlung des Slogans „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten“ — „Laßt Lütgendorf und sein Team arbeiten“.

Gleich zu Beginn der Demonstration kam es zu einer faschistischen Provokation. NDPler warfen von der Terrasse des AEZ Flugblätter und Erdäpfel auf die Demonstranten. Erst als die Demonstranten drohten, das Haus zu stürmen, zogen sich die NDP-Leute von der

Terrasse zurück. Auch während des Protestmarsches kam es des öfteren zu Provokationen der NDP-Leute, die Knallkörper in den Zug warfen. Die Demonstranten ließen sich aber durch diese Machenschaften nicht provozieren.

### Polizei mit Stahlhelm

Vor dem Verteidigungsministerium auf dem Franz-Josefs-Kai war ein großer Kordon stahlhelmbewehrter Polizei aufgezogen. Auf dem Dach des Gebäudes waren Soldaten postiert. Auf Plakaten und Transparenten wurde darauf hingewiesen, daß ausgerechnet eine SP-Regierung Kurs auf ein reaktionäres Bundesheer einschlägt. Auf einem Transparent hieß es: „Schickt Lü zur Feuerwehr, dann brauchen wir kein Bundesheer.“ Auch auf den Zusammenhang zwischen der Rolle des Bundesheeres im Rahmen der NATO-Konzeption wurde auf den Plakaten nicht vergessen. „Bundesheer unter SP-Regierung — fester Platz im NATO-Konzept“ war eine der Aufschriften.

### Nicht noch einmal 1934

In einer kurzen Ansprache brachte der Obmann der KJÖ, Otto Podolsky, den Protest demokratisch gesinnter antifaschistischer junger Menschen zum Ausdruck gegen die Erklärung, die der Verteidigungsminister der SP-Regierung, Lütgendorf, vor kurzem abgegeben hatte. Der Sprecher wies darauf hin, daß die Arbeiterklasse unseres Landes schon einmal, 1934, erlebt hat, daß reaktionäre Generale und ihre kapitalistischen Hintermänner Schießbefehl gegen die Arbeiter gaben und dies in der Arbeiterschaft nicht vergessen ist.

### In Innsbruck

An der Demonstration in Innsbruck, die um zirka 18 Uhr vor dem Goldenen Dachl in der Altstadt begann und sich in Richtung Bahnhof bewegte, nahmen etwa 500 junge Menschen teil. An Verkehrsknotenpunkten setzten sich die Teilnehmer des Demonstrationszuges auf die Straße. Die Polizei leitete den Verkehr um. Die Demonstranten verteilten Flugblätter, in denen der Rücktritt Lütgendorfs gefordert wurde.

### In Linz

LINZ. Bei der Anti-Lütgendorf-Demonstration in Linz am Dienstag verteilte die Kommunistische Jugend ein Flugblatt, in dem die SPÖ-Regierung für die Entgleisung ihres Verteidigungsministers verantwortlich gemacht wird. Die KJÖ fordert: Weg mit Lütgendorf! Schluß mit der reaktionären Bundesheerpolitik der SP-Regierung! Auflösung dieses Bundesheeres und als Sofortmaßnahme sechs Monate Wehrdienst — ohne Waffenübungen und Bereitschaftsleippen!

## Extremisten abgeblitzt

### Protest gegen Lütgendorf — Viel Krawall, wenig Teilnehmer

Mit viel Krawall, aber wenig Teilnehmern gingen am Dienstag die „Demonstrationen“ linksradikaler Gruppen (hauptsächlich Nennung-Jünger, aber auch sozialistischer Studenten!) gegen Verteidigungsminister Lütgendorf über die Bühne.

Zur größten Demonstration mit rund 1000 Teilnehmern (Studenten und Jugendliche, Sozialisten, Marxisten, Kommunisten und Linkskatholiken — rechte Gruppen fehlten völlig) kam es in Salzburg. Zu Diskussionen mit den Passanten kam es nur vereinzelt. Die Zuschauer verhielten sich gleichgültig bis heftig ablehnend.

In Linz nahmen an der Demonstration rund 250 Studenten und Jugendliche teil. Die Sprechchöre richteten sich nicht nur gegen Verteidigungsminister Karl Lütgendorf, sondern auch gegen Nazis und Faschisten. Die Parole „Nazi raus aus Linz“ wurde von Passanten mit „Kommunisten raus aus Linz, geht nach Moskau“ beantwortet. Gegen-demonstranten machten mit einem Transparent mit der Aufschrift „Schluß mit dem Affentheater, Nennung und Daim in den Wurstelprater“ Stimmung.

In Innsbruck begann die Demonstration der 300 bis 350 Jugendlichen gegen Lütgendorf beim Goldenen Dachl. Die Innsbrucker verfolgten den Aufmarsch mit mitleidigem Lächeln und Unmut. Eine Diskussion mit Passanten kam nicht zustande.

Reichlich schwach war der Anti-Lütgendorf-Aufmarsch mit rund 800 Jugendlichen in Wien. Es entstand allerdings ein Wirbel, als Leute der NDP die Demonstranten mit Kartoffeln und Tomaten bewarfen.

In Graz fand die Protestversammlung gegen Lütgendorf in der Aula der Universität statt.

### Feueralarm

Fünfmal Feueralarm gab es im Stadtgebiet von Salzburg, nicht weit vom Mirabellplatz, von wo eine Demonstration linksextremistischer Elemente ihren Ausgang genommen hatte. Nach einem Großfeuer im Dachstuhl des Hauses Faberstraße Nr. 11 wurden in unmittelbarer Nähe Kellerbrände gemeldet.

„Neue Front“

„Volksstimme“

20

# Hochschulstädte im Zeichen linker Demonstranten

Es ging gegen Verteidigungsminister Lütgendorf — Starke Beteiligung in Salzburg

SALZBURG (SN). Die Hochschulstädte Österreichs standen Dienstagabend im Zeichen linksextremer Demonstrationen gegen Verteidigungsminister Karl Lütgendorf und gegen seine beim Kameradschaftsbund in Salzburg abgegebenen Äußerungen über die Jugend. Zur größten Demonstration mit rund 1000 Teilnehmern (Studenten und Jugendliche, Sozialisten, Marxisten, Kommunisten und Linkskatholiken — rechte Gruppen fehlten völlig) kam es in Salzburg. Der Zug nahm vom Mirabellplatz seinen Ausgang und führte bei der Staatsbrücke, wo sich die Jugendlichen fünf Minuten auf die Fahrbahn setzten, um 19 Uhr zu einem Verkehrschaos. Die Autofahrer reagierten mit einem Hupkonzert. Zu Diskussionen mit den Passanten kam es nur vereinzelt. Die Zuschauer verhielten sich gleichgültig bis heftig ablehnend.

In Linz nahmen an der Demonstration rund 250 Studenten und Jugendliche teil. Die Sprechchöre richteten sich nicht nur gegen Verteidigungsminister Karl Lütgendorf, sondern auch gegen Nazis und Faschisten. Die Parole „Nazi raus aus Linz“ wurde von Passanten mit „Kommunisten raus aus Linz, geht nach Moskau“ beantwortet. Gegendemonstranten machten mit einem Transparent mit der Aufschrift „Schluß mit dem Affentheater, Nennung und Daim in den Wurstelprater“ Stimmung. Demonstrantengruppen der FPÖ wurden von den linken Jugendlichen mit dem Aufruf: „Wir begrüßen die radikale Freiheitliche Minderheit mit einem dreifachen Sieg Heil!“ persifliert.

In Innsbruck begann die Demonstration der 300 bis 350 Jugendlichen gegen Lütgendorf beim Goldenen Dachl. An neuralgischen Punkten der Stadt wurde versucht, den Verkehr zu blockieren, die Jugendlichen marschierten auch vor dem Verlagsgebäude der Tiroler Tageszeitung auf. Die Innsbrucker verfolgten den Aufmarsch mit mitleidigem Lächeln und Unmut. Eine Diskussion mit Passanten kam nicht zustande.

Relativ schwach war der Anti-Lütgendorf-Aufmarsch mit rund 800 Jugendlichen in Wien. Es entstand allerdings ein Wirbel, als Leute der NDP (Bürger-Partei) die Demonstranten mit Kartoffeln und Tomaten bewarfen. Die Linken forderten die Polizei auf, die „Nazibuben“ zu ver-

haften. Drei Tomatenwerfer der NDP wurden festgenommen.

In Graz fand die Protestversammlung gegen Lütgendorf in der Aula der Universität statt.

„Salzburger Nachrichten“

## Plakate, Tomaten und Flugzettel

200 Demonstranten gegen Lütgendorf — Unteroffiziere urgieren Reform

Wien, Graz. — Während in Graz in der Nacht auf gestern in der Gegend des Hauptbahnhofs von Unbekannten Plakate gegen Minister Lütgendorf angebracht wurden, kam es gestern abend zu der angesagten

Demonstration in der Wiener Landstraße, bei der sich etwa 200 Personen versammelten. Drei NDP-Leute die vom Dach des AEZ Flugzettel gegen Bürgermeister Slavik und Tomaten auf die Demonstranten warfen, wurden von der Polizei abtransportiert.

lange in Ungewißheit zu bleiben.

Zu Protestversammlungen kam es gestern abend auch in der Grazer Mensa, in Linz, in Salzburg und in Innsbruck.

Die österreichische Unteroffiziersgesellschaft hat das Schreiben der 1700 Offiziere unterstützt und die Heeresreform urgiert, da man es keinem Berufsstand zumuten könne, so

„Kleine Zeitung“  
Graz

„Tiroler Tageszeitung“

„ÖÖ.-Nachrichten“

### Ruhige Demonstration in Innsbruck

INNSBRUCK, WIEN (TT, APA). Mit einer fast gesamtösterreichischen Aktion zog das „Aktionskomitee gegen Faschismus und Militarismus“ gegen Verteidigungsminister Lütgendorf zu Felde: In mehreren Landeshauptstädten wurden Demonstrationzüge veranstaltet. In Innsbruck nahm der Protestmarsch einen eher ruhigen Verlauf. Mit pazifistischen Transparenten „bewaffnet“, zog ein eher kümmerlicher Haufen Parolen schreiend durch die Innenstadt und veranstaltete an „Zentralpunkten“ Sit-ins. Die Solidarisierungsaufforderung an Passanten blieb fast ungehört. In Wien, wo rund 1000 Jugendliche demonstrierten, provozierten Parteigänger der NDP fast eine Auseinandersetzung, als sie Gegenflugzettel und Kartoffeln unter Demonstranten und Zuschauer warfen. Ein Rechtsextremist wurde abgeführt, als er vor dem Verteidigungsministerium, das von helmbewehrten Polizisten hermetisch abgeriegelt wurde, einen Knallkörper warf.

## Demonstranten marschierten für und gegen Lütgendorf

LINZ (ÖÖN). Auf Spruchbändern und in Sprechchören forderten gestern rund 200 Jugendliche den Rücktritt Lütgendorfs und die Auflösung des Bundesheeres. Dem Demonstrationzug, der von der Promenade über die Landstraße zum Don-Bosco-Heim führte, schlossen sich rund 20 Gegendemonstranten aus dem Lager des „Ringes freierwilliger Studenten“ an. Die Veranstalter der Demonstration bezeichneten sich als „Internationale der Kriegsdienstgegner“ und wurden von „Verband sozialistischer Studenten“ propagandistisch unterstützt. Abgesehe-

von hitzigen Debatten mit der gegenläufigen Gruppe verlief die Aktion ruhig.

In Wien hingegen, wo ebenfalls rund 200 Studenten gegen Lütgendorf demonstrierten, kam es zu Schlägereien und Tumulten; die Polizei mußte eingreifen und Verhaftungen vornehmen. Angeführt wurde die Wiener Demonstration von Peter Kreisky, dem Sohn des Bundeskanzlers. Kundgebungen gegen den Verteidigungsminister wurden auch in Innsbruck, Graz, und Salzburg abgehalten. Zwischenfälle wurden keine gemeldet.

# JONAS: „Wir brauchen unser Bundesheer!“

Wien (Eigenbericht). 16 Stunden nach der großen Demonstration gegen das Bundesheer und Minister Lütgendorf, bei der auch der Sohn von Bundeskanzler Kreisky mitmarschierte, legte Bundespräsident Franz Jonas Mittwoch, am Tag seiner Angelobung, sein bisher stärkstes Bekenntnis für ein schlagkräftiges und voll funktionsfähiges Bundesheer ab. Die Reform müsse so abgeschlossen werden, „daß an der Verteidigungsbereitschaft Österreichs nirgends Zweifel bestehe“. Das ganze österreichische Volk müsse daher das Bundesheer materielle und moralisch sichern. Vor einer Delegation des Heeres bezeichnete Bundespräsident Jonas den Soldatenberuf als Säule der Demokratie. (Siehe Seite 2.)

## Ja zu Bundesheer

VON BUNDESPRÄSIDENT  
FRANZ JONAS

(aus seiner Rede vor der Bundesversammlung)

Eine andere, mindestens ebenso wichtige gemeinseiner Aufgabe steht noch vor der Lösung. Es ist die Reform des Bundesheeres, die eigentlich immer aktuell war, mehrmals auf Teilgebieten begonnen, aber immer stecken geblieben ist. Jetzt haben sich die politischen Parteien grundsätzlich zur Durchführung der Heeresreform bekannt. Es ist verständlich, daß im Zusammenhang damit, alle Seiten des Reformproblems gründlich diskutiert werden. Das soll aber nicht so weit gehen, daß man im Eifer der Diskussion das Wichtigste außer acht läßt, nämlich das Bundesheer. Ich bin überzeugt davon, daß die übergroße Mehrheit unseres Volkes, auch die wehrpflichtigen jungen Männer, die Notwendigkeit des Bundesheeres bejahen.

Die Erkenntnis, daß wir für den Schutz unseres Landes und für die Behauptung der Neutralität aus eigener Kraft zu sorgen haben, legt sich durch noch so gutgemeinte anderslautende Wünsche nicht außer Kraft setzen. Deshalb gebe ich heute der Hoffnung Ausdruck, daß die im Gang befindlichen Verhandlungen zur Bundesheerreform so abgeschlossen werden, daß an der Verteidigungsbereitschaft Österreichs nirgends ein Zweifel besteht. Diese Verteidigungsbereitschaft muß vom ganzen österreichischen Volk materielle und moralisch gesichert sein. Die Aufgabe der jeweiligen Bundesregierung wird es dann sein, durch eine konsequente Friedens- und Verständigungspolitik die Gefahren für die Sicherheit und den Bestand unseres Landes so weit wie möglich zu vermindern.

202

Kurier + AZ

Es hat sich schon herumgesprochen, daß Österreich keine Chance hat, sich mit unserer Armee gegen die hochgerüsteten Militärblöcke zu wehren. Da helfen auch keine Reformen des General LÜ. Es sei denn, Österreich bricht seinen Neutralitätsstatus und teilt dem Bundesheer Aufgaben im Rahmen der Strategie der NATO-Militärs zu. Zur Landesverteidigung kann unser Heer jedenfalls nicht eingesetzt werden.

Auch die Katastrophenfälle können nicht der Grund sein, um Milliarden Schilling für das Heer hinauszuschmeißen. Denn sie ergäben, zweckentsprechend verwendet, reichlich Mittel zur Vorbeugung von Katastrophen bzw. zu deren Überwindung.

Bleibt die "Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung", Daß wir dafür das Bundesheer brauchen, glauben wir gerne.

Österreich ist eine Demokratie. Alle sind gleich. Manche etwas gleicher. Jeder ist frei. Der eine darf für den anderen arbeiten. Zufällig ist es so, daß die meisten arbeiten, damit wenige auf Kosten anderer reich werden.

Möglicherweise gibt es aber Menschen, die mit dieser Arbeitsteilung nicht zufrieden sind, die es nicht zulassen wollen, daß dieser Zustand ewig währt. Menschen, die es ablehnen Untertanen zu werden. Um dies "im Interesse der Gesellschaft" hintanzuhalten, wird in der "Schule der Nation", im Bundesheer, vorerst "erzogen". Hier wird gelehrt, wie man sich gegenüber den Oberen zu verhalten hat, daß es unstatthaft ist, an der Herrschaft der Herrschenden zu zweifeln oder gar gegen sie aufzubegehren. Sollte dies nicht helfen, kann das Militär immer noch mit anderen Mitteln für die "Aufrechterhaltung des inneren Friedens" sorgen. Die Waffen, mit denen die Heimat nicht verteidigt werden kann, können dann benutzt werden.

"offensiv links" aber hat kein Interesse, den Besitz und die "ewigen Werte" der Herrschenden zu verteidigen, damit sie uns noch länger in Abhängigkeit halten können. Deshalb beteiligt sich "offensiv links" an allen antimilitaristischen Aktionen. Deshalb arbeitet "offensiv links" in den Kasernenkomitees mit. Deshalb sind wir für die Auflösung des Bundesheeres.

# OFFENSIV

# 5

# LINKS



GZ alter.1/71/s.2.  
ag-kommunalpol.

Linz, am 11.6.1971

Liebe Bürgerinnen und Bürger !

Am 12. und 13. Juni ist Linz Schauplatz des Bundestreffens des Österreichischen Kameradschaftsbundes.

Es werden ca 20.000 Teilnehmer erwartet.

Für unsere Stadt, die mit Stolz auf eine demokratische und sozialistische Tradition zurückblickt, ergeben sich daraus ernste Schwierigkeiten. Der Kameradschaftsbund, der die Tradition der Deutschen Wehrmacht aufrechterhält, ist ein Sammelbecken der antidemokratischen und antiösterreichischen Kräfte, Seine Funktionäre haben das des öfteren in Wort und Tat bewiesen.

Aus diesem Grunde fordere ich die Linzer Bevölkerung auf, die Provokationen des Kameradschaftsbundes gebührend zu beantworten. In diesem Falle wird dem Ansehen unserer Stadt am besten gedient, wenn die Bevölkerung sich geschlossen der Teilnahme an den Veranstaltungen enthält und durch diese Distanzierung den rechtsextremen Umtrieben eine klare Abfuhr erteilt.

Euer Bürgermeister

# Kameradschaftsbund befürchtet Provokationen Mysteriöses Flugblatt

LINZ (OÖN). Die Befürchtungen des Kameradschaftsbundes, die gestern, einen Tag vor dem Bundestreffen in Linz, hinsichtlich möglicher Störaktionen durch extremistische Gruppen geäußert wurden, fanden noch am selben Tag ihre Bestätigung. In einem mysteriösen Flugblatt, das gestern nachmittag in Linzer Häusern angeschlagen und laut Impressum von der FÖJ (Freie Österreichische Jugend) verfaßt wurde, wurde auf raffinierte Weise ein Aufruf an die

Linzer Bevölkerung erlassen, die „Provokationen des Kameradschaftsbundes gebührend zu beantworten“. Dieser Aufruf, der als Kopf das Linzer Stadtwappen trägt, sich an die Bürger und Bürgerinnen der Stadt wendet und mit „Euer Bürgermeister“ unterzeichnet ist, wird auf der Rückseite des Flugblattes als hypothetische Alternative zum Beflagungsauftrag des Bürgermeisters bezeichnet. Die Staatspolizei verfügte noch am Nachmittag die Beschlagnahme.

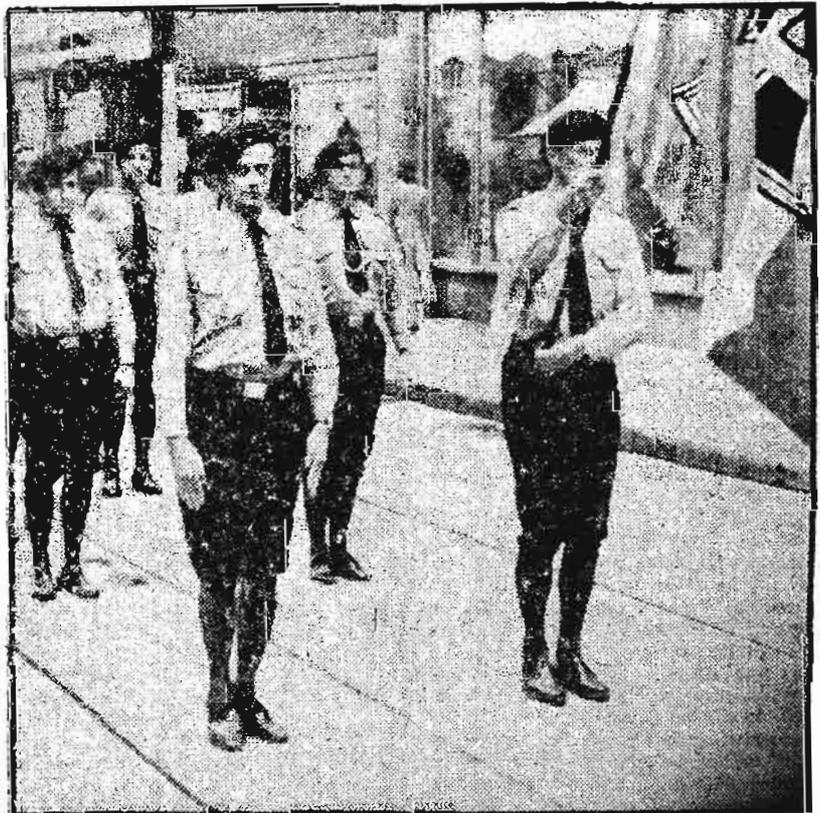
Für den Inhalt des Aufrufes verantwortlich zeichnet der Angestellte der Arbeiterkammer Walter Estl, als Adresse wird die Landstraße 36 angegeben. Estl erschien gestern nachmittag bei der Polizei, um das presserechtlich vorgeschriebene Pflichtexemplar abzuliefern, worauf die Staatspolizei sofort die Beschlagnahme verfügte, da sowohl der Inhalt irreführend sei als auch gegen die pressgesetzlichen Ordnungsvorschriften verstoße.

In dem angeblichen Aufruf des Bürgermeisters, der sich erst auf der Rückseite als Textvorschlag der FÖJ erweist, heißt es, dem Ansehen der Stadt Linz sei am besten damit gedient, wenn sich die Bevölkerung geschlossen der Teilnahme an der Kameradschaftsbund-Veranstaltung enthielte und durch diese Distanzierung den rechtsextremen Umtrieben eine klare Abfuhr erteile.

Auf der Rückseite wird erläutert, die FÖJ-Bewegung für Sozialismus habe eine Arbeitsgemeinschaft „Kommunalpolitik“ gebildet, den sogenannten Alternativrat der Stadt Linz. Die FÖJ war nach der Dubcek-Krise in der Tschechoslowakei von der Kommunistischen Partei aufgelöst worden, besteht aber seither als lose Vereinigung extremistischer Gruppen weiter.

Die Vermutungen der Staatspolizei, das Flugblatt sei auf echtem Briefpapier des Magistrats gedruckt, erwiesen sich als unrichtig. Bürgermeister Hillinger äußerte den OÖN gegenüber, er verwehre sich nachdrücklich gegen diese mißbräuchliche Verwendung seiner Funktion (wenn auch nicht seines Namens, denn der scheint nicht auf), und bezeichnete die angegebene Adresse, Landstraße 36 (bekanntlich Sitz der SP-Landesorganisation), als „verfänglich“.

„Die gesunden Kräfte“



## Oesterreichisches Bundesheer unter Beschuß der Linksextremisten

### Vorsprache bei Kreisky

Von unserem Korrespondenten

R. L. Wien, 22. Juni

Es gibt in Oesterreich eine ganze Anzahl von Vereinigungen, Gruppen und Organisationen, deren Haupttätigkeit seit geraumer Zeit darin zu bestehen scheint, Stimmung gegen den Militärdienst, das Bundesheer und die angeblich dort wirkenden rechtsradikalen Tendenzen zu machen. Es handelt sich dabei meistens um Organisationen, die in der Öffentlichkeit nur ein sehr dünnes Echo finden, deren Anhänger sich auf eine kleine Zahl beschränken, die sich aber geschickt in Szene zu setzen versuchen. Die Mehrheit unter ihnen neigt linksextremistischen Anschauungen zu, eine Minderheit gehört dem radikalen intellektuellen Flügel der sozialistischen Partei an, andere stammen aus dem Lager der Linkskatholiken oder der sogenannten Evangelischen Linken, und einige mögen aus jugendlichem Idealismus oder erfüllt von pazifistischen Ideen die Bestrebungen zur Schaffung einer totalen Friedenspolitik unterstützen. Das Ganze scheint wenigstens vorläufig von der in und um das «Neue Forum» Nennings entstandenen Initiative zur Abschaffung des Bundesheeres zusammengehalten zu werden.

Die Offensive dieser heterogenen Gruppen richtet sich zurzeit in erster Linie gegen die Person des derzeitigen österreichischen Verteidigungsministers, General Lütgendorf. War schon die Ernennung dieses Berufsoffiziers an die Spitze des Landesverteidigungsministeriums zu Beginn dieses Jahres auf heftigen Widerstand innerhalb der Sozialistischen Partei gestoßen, so hat sich seither diese Ablehnung nicht zuletzt einiger unglücklicher öffentlicher Aussagen Lütgendorfs wegen, vor allem im Kreis der genannten Organisationen rasch verbreitet. Nach einer Rede in der der Minister unter anderem die «verblendeten Heißsporne» auf der äußersten Linken und Rechten apostrophiert hatte, schritt die Linke, die sich auf Initiative Nennings zu einem «Demonstrationsrat» zusammengesaßt hatte, zur Tat und organisierte zu Beginn dieses Monats in mehreren Städten des Landes Kundgebungen, in denen sie den Rücktritt Lütgendorfs verlangte.

#### Bildung von «Kasernenkomitees»

Dieser Demonstrationsrat, der sich im wesentlichen aus den oben genannten Gruppen zusammensetzt, sprach gestern bei Bundeskanzler Kreisky vor. Neben der Forderung nach der Entlassung des Verteidigungsministers verlangte er eine Untersuchung über angebliche rechts-

radikale Aktivitäten innerhalb der Armee, ein Verbot jeglicher Anschlußpropaganda durch Offiziere und Unteroffiziere, eine Untersuchung über die angebliche Zusammenarbeit der österreichischen Armee mit den Heeren der NATO-Staaten, die Nichteinberufung von Wehrdienstverweigerern und die Unterbindung von Tendenzen, die unter dem Deckmantel einer umfassenden Landesverteidigung eine sogenannte *Noistandsgesetzgebung* propagieren.

Das Bemerkenswerte in diesem Forderungskatalog ist die Mitteilung, daß sich in österreichischen Kasernen sogenannte *Kasernenkomitees* gebildet haben, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Rechte der Soldaten, insbesondere was die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit betrifft, wahrzunehmen. Diese Mitteilung weckt Erinnerungen an die Soldatenräte aus der Endphase des Ersten Weltkrieges, die sich um so mehr aufdrängen, als ein Sprecher des linksextremistischen *Spartakus-Bundes* klar zu erkennen gab, daß die Kasernenkomitees auch als eine Art von Selbstschutzorganisationen gegen Schikanen im Bundesheer zu verstehen seien.

Bundeskanzler Kreisky lehnte die Forderung nach einem Rücktritt Lütgendorfs entschieden ab, nicht weil er, wie er sagte, sich mit den Äußerungen des Ministers in der Öffentlichkeit identifiziere, sondern weil dieser Offizier sich in der Frage der *Heeresreform* äußerst kooperationswillig gezeigt habe. In seinen weiteren Antworten auf die Forderungen des Komitees wies der Bundeskanzler wiederholt auf die unter seiner Regierung vorgenommenen Verbesserungen des Militärstrafgesetzes hin und trat auch für eine Verbesserung des Beschwerderechtes ein, das notabene in Oesterreich schon jetzt viel weiter gefaßt ist als in anderen vergleichbaren Armeen.

Kreisky hat in dieser öffentlichen Aussprache auch deutlich die Grenzen seiner Toleranz und Gesprächsbereitschaft zu erkennen gegeben. Ein Mitglied des Komitees, das sein Dienstbüchlein und den Einrückungsbefehl zur Rekrutenschule auf den Tisch warf, wies er in die Schranken. Nach diesem theatralischen Intermezzo betonte er auch, daß die Gesetze, die in einem demokratischen Staatswesen auf demokratische Weise beschlossen worden seien, dazu da seien, eingehalten zu werden. Wenn dies nicht mehr der Fall sei, dann werde die Diktatur, gleichgültig wie sie gefärbt sei, so oder so kommen.

# Brief der 1700 Offiziere

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die erste Lesung der Wehrgesetz-novelle steht unmittelbar bevor. Die in dieser Novelle verankerte Verkürzung der Dienstzeit wird die Schlagkraft des Bundesheeres wesentlich beeinflussen.

Wir sind uns bewußt, daß diese Dienstzeitverkürzung eine politische Realität darstellt. Als Offiziere des Bundesheeres sind wir für die Sicherheit des Staates mitverantwortlich!

Aus dieser Mitverantwortung heraus halten wir es für unsere Pflicht, Sie als gewählten Volksvertreter, der diese Frage mitentscheiden wird, auf die folgenschwersten Konsequenzen aufmerksam zu machen.

Unsere Vorstellungen erheben wir als österreichische Staatsbürger, auf Grund unserer fachlichen Kenntnisse, besonders aber auch, weil wir uns später nicht dem Vorwurf der Öffentlichkeit aussetzen wollen, unsere Besorgnis aus politischer oder persönlicher Opportunität heraus nicht geäußert zu haben.

In der Ihnen im Entwurf vorliegenden Wehrgesetznovelle fehlen entscheidende Voraussetzungen für eine effektive und glaubwürdige Landesverteidigung.

Die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe durch vorwiegend freiwillig längerdienende wird auch bei finanziellem Anreiz ohne Hebung des sonstigen Prestiges in der erforderlichen Zeit nicht möglich sein.

Die Ausbildung eines qualifizierten Reservekadets bildet die Voraussetzung für den Aufbau eines einsetzbaren Reserveheeres. Auf Grund legislativer, finanzieller und zeitlicher Beschränkungen war es schon bisher nicht möglich, den erforderlichen Kaderrahmen zu schaffen.

Die zukünftigen Voraussetzungen werden die Heranbildung dieses Kadets, der das Rückgrat eines Reserveheeres darstellt, noch weniger ermöglichen, da Freiwilligkeit allein eine zu unsichere Grundlage ist, auf der geplant und aufgebaut werden kann.

Wird die Dauer der Wehrpflicht auf das 35. Lebensjahr herabgesetzt, ist eine glaubwürdige Ausschöpfung des Wehrpotentials nicht möglich. Gleichzeitig wird die Verpflichtung

Österreichs, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen, sozusagen vom Gesetz wegen untergraben.

Die vorgesehene Gesamtdienstzeit von sechs Monaten und weniger als 75 Tagen Wiederholungsübungen reicht nicht aus, um den Einsatz österreichischer Staatsbürger zur militärischen Landesverteidigung zu verantworten und das Reserveheer im erforderlichen Umfang erhalten zu können.

Wir Offiziere des Bundesheeres wissen, daß eine Reform erforderlich ist. Wir stehen dieser Reform ungeschworen gegenüber und sind bereit, unsere Fähigkeiten und Kenntnisse dafür einzusetzen. Wir wissen aber auch, daß diese Dienstzeitverkürzung von unabdingbaren Voraussetzungen (flankierenden Maßnahmen) begleitet werden muß, wie sie bereits von der BH-Reformkommission empfohlen wurden. Aus der Kenntnis des täglichen Dienstzeitbetriebes heraus sind wir der Überzeugung, daß ohne gleichzeitig eingeleitete flankierende Maßnahmen auch diese Reform zum Scheitern verurteilt ist.

Wir möchten Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daher folgende unabdingbare Voraussetzungen nochmals zur Kenntnis bringen:

● Die Weiterbildung der für Führungs- und Spezialfunktionen geeigneten Soldaten der Landwehr (Reserveheer) ist durch eine entsprechende Anzahl von Waffenübungen gesetzlich zu sichern. Ohne diese Maßnahme ist die Aufstellung einer einsatzfähigen Landwehr (Reserveheer) nicht möglich.

● Die Dauer der Wehrpflicht darf im Hinblick auf die Erhaltung des Reserveheeres nicht herabgesetzt werden.

● Das Mindestmaß der Gesamtdienstzeit zur Erreichung eines verantwortbaren Ausbildungszieles beträgt für den Soldaten ohne Kaderfunktion bei voller Ausnutzung des Ausbildungstages sechs Monate Grundwehrdienst und zumindest 75 Tage Waffenübungen.

● Die Aufstellung der Bereitschaftstruppe erfordert gesetzliche Maßnahmen, um den Bedarf an längerdienenden Soldaten sicherzustellen.

Um unsere Neutralitätspolitik, die von der Schlagkraft des Bundesheeres wesentlich beeinflusst wird, glaubhaft zu machen, sind vermehrte Anstrengungen auf allen Gebieten der Landesverteidigung erforderlich.

Auf dem Gebiet der militärischen Landesverteidigung können als weitere vordringliche Maßnahmen angeführt werden:

● Schaffung einer verantwortlichen militärischen Führungsspitze;

● eine den Erfordernissen und Besonderheiten des militärischen Dienstes angepaßte Personalstruktur mit einem entsprechenden Personalrecht und Gehaltsschema;

● eine ausreichende finanzielle Dotierung des Heeres, wobei fünf Prozent des Staatshaushaltes als alljährlicher Budgetansatz und zusätzliche Sonderprogramme für langfristige Finanzierungsvorhaben als unbedingt erforderlich angesehen werden müssen. Gemessen am Budget 1971 wären für eine glaubwürdige Landesverteidigung Aufwendungen in der Höhe von 7,5 Milliarden Schilling (alljährlicher Budgetansatz und Sonderprogramme) anzustreben.

In dieser für die Sicherheit des Staates und der österreichischen Bevölkerung so schwerwiegenden Frage lastet die Verantwortung auf Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, da Sie als gewählter Volksvertreter mit Ihrer Stimme diese Frage mitentscheiden.

Als Offiziere des Bundesheeres wollten wir Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daher unsere Auffassung hierzu mitteilen.

Dipl.Ing. Helmut Bauer  
derzeit "als U-Boot unter Nennings Bett", Wien 7, Museumstraße 5

---

An  
Herrn Bundeskanzler  
Dr. Bruno Kreisky

Ballhausplatz 2  
1010 Wien

Wien, 15. Juni 1971

Kopien an:

den Bundespräsidenten der  
Republik Österreich  
Franz J o n a s

den Bundesminister für  
Landesverteidigung  
Karl L ü t g e n d o r f f

das Ergänzungskommando Stiftskaserne

Betrifft: Wehrdienstverweigerung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Als Antwort auf mein Schreiben vom 22. Februar 1971 - ergangen an das Ergänzungskommando Stiftskaserne, Herrn Bundespräsidenten Franz Jonas und Herrn Bundesminister Karl Lütgendorff -, das unter anderem einen Antrag auf Waffendienstverweigerung beinhaltet, erhielt ich anstatt der erbetenen Stellungnahme am 15. Juni 1971, 8.30 Uhr, ohne irgendwelche Vorankündigung einen Einberufungsbefehl für den 15. Juni 1971, spätestens 15.00 Uhr.

Ich stelle hiermit nochmals nachdrücklichst fest, daß ich nicht im entferntesten daran denke, diesem "Befehl" nachzukommen, ich lasse mich unter keinen Umständen zur Zugehörigkeit zu einer Organisation zwingen, deren Maxime Zerstörung und organisierter Massenmord ist.

Ich wäre andererseits sehr wohl bereit - trotz meiner angegriffenen Gesundheit (zum Hohn: "B-tauglich") - eine der Dauer des ordentlichen Präsenzdienstes aliquote Zeitspanne meines Lebens dem Staat zu opfern, allerdings nur dann, wenn dies von j e d e m Österreicher, egal welchen Geschlechtes, Standes, etc., verlangt werden würde; und dies wiederum nur dann, wenn mir die Beschäftigung in diesem Zeitraum für ein humanes Zusammenleben als wertvoll erscheint.

Zu einem Zeitpunkt, wo die Fragwürdigkeit des Bundesheeres derart ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt ist, schlage ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, - als dem Chef der derzeitigen Minderheitsregierung - vor, zur Vermeidung von Schwierigkeiten, meinen Fall und ähnlich gelagerte Fälle so lange aufzuschieben, bis eine endgültige Entscheidung über eine geeignete Art von Alternativdienst vorliegt.

Unter Berufung auf das Staatsgrundgesetz, die allgemeinen Menschenrechte etc., retourniere ich den maßgebenden Behörden eine Kopie des Einberufungsbefehles Grundbuch-Nr. W41/18/01/49. Das Original folgt bei anderer Gelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dipl. Ing. Helmut Bauer

Beilage

28

## ERKLÄRUNG AN DIE PRESSE

Herr Dipl.-Ing. Helmut Bauer, Wien 18., Dittesgasse 13 kämpft um seine Anerkennung als Wehrdienstverweigerer. Nachdem er am 17. 2. 1971 von einer Stellungskommission als tauglich zum Dienst ohne Waffe befunden wurde, hat er in Briefen an das Ergänzungskommando, an den Verteidigungsminister und an den Bundespräsidenten seine ausführlich motivierte Wehrdienstverweigerung bekannt gegeben und um Antwort ersucht. Als einzige Antwort erhielt Dipl.-Ing. Bauer einen Einberufungsbefehl für den 15. 6., dem er nicht Folge leistete.

Anlässlich der Aussprache der österreichischen Jugendorganisationen mit Bundeskanzler Dr. Kreisky am 21. 6. 1971 über das Bundesheer bekräftigte Herr Bauer seine Wehrdienstverweigerung und überreichte, vor Presse und TV (welche auch darüber berichteten), dem Bundeskanzler einen Brief mit einer Begründung seines Schrittes. Zu unserer Verwunderung weigerte sich Dr. Kreisky die Papiere zu übernehmen.

Am 23. Juni 1971 wurde Dipl.-Ing. Bauer an seinem Arbeitsplatz von einer Streife der Militärpolizei festgenommen und in den Arrest der Maria-Theresien-Kaserne eingeliefert.

Wir verweisen auf die Presseaussendung Bauers vom 22. 6. in der die Vorgeschichte und sein schlechter Gesundheitszustand ausführlich geschildert wurden.

Wie schon die Jugendorganisationen in der Diskussion mit Dr. Kreisky, fordern wir ganz entschieden, daß bis zur endgültigen Beschlußfassung über das Alternativdienstgesetz keine Strafverfolgungen von Wehrdienstverweigerern durchgeführt werden.

Im konkreten Fall Dipl.-Ing. Helmut Bauer erklären wir ausdrücklich unsere Solidarität mit obengenannter und fordern seine sofortige Entlassung aus dem Bundesheer. Jede strafrechtliche Verfolgung würde von breiten Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit und vor allem der Jugend, als Provokation aufgefaßt werden und ohne Zweifel mit einer Welle von Protestaktionen beantwortet werden.

Internationaler Zivildienst

IDK

Marxistisch-Leninistische Studenten

Grazer Mittelschülerzentrum

Spätacus

Verband Sozialistischer Mittelschüler

MLPÖ

Vorbereitungsausschuß für das Volksbegehren  
gegen das Bundesheer

Soldatenkomitee Maria Theresienkaserne

Heliopolis

FÜJ-Bewegung für Sozialismus

Neues Forum

Wiener Tagebuch

Kommunistische Jugend Österreichs

VSSTÖ-Salzburg

VSSTÖ-Linz

VSSTÖ-Innsbruck

Roter Schülerbund

Kommune Penzing

# Schon wieder Wirbel um Wehrdienstverweigerer

## Jugendliche ketteten sich vor Ministerium an

Wien (Eigenbericht). Während der 30-jährige Dipl.-Ing. und Wehrdienstverweigerer Helmut Bauer aus Wien Freitag nachmittag nach einem zweitägigen „Zwischenspiel“ wieder vom Bundesheer entlassen wurde, sammelten sich seine Freunde der diversen Anti-Bundesheer-Organisationen, um vor dem Ministerium gegen die „politische Verhaftung“ Bauers zu protestieren. Neun Jugendliche ketteten sich vor dem Tor aneinander und an die Eisengitter und forderten lautstark „Freiheit für Bauer“. Ein Verkehrschaos war die Folge.

Dipl.-Ing. Bauer war in den letzten Tagen passiert, was jedem Österreicher passiert, der nicht zum Bundesheer einrückt. Er wurde vom Bundesheer zur Fahndung ausgeschrieben und bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Mittwoch schließlich wurde er festgenommen und für 48 Stunden in das Arrestlokal der

Maria-Theresien-Kaserne gebracht.

Vorher aber hatte Bauer – bei einer Aussprache von Jugendlichen mit Bundeskanzler Dr. Kreisky am Montag – auf sich aufmerksam gemacht. Bauer warf Wehrdienstbuch und Einberufungsbefehl auf den Tisch und schrie: „Holen Sie doch Ihre Schergen, Herr Bundeskanzler!“

Dr. Kreisky wies daraufhin dem Wehrdienstverweigerer die Tür.

Dienstag griff Bauer in einem offenen Brief Dr. Kreisky an und versuchte, seine Einstellung mit Vorkommnissen bei seiner ersten Einberufung im Jahr 1969 zu rechtfertigen. Mittwoch wurde er unabhängig davon festgenommen.

Freitag früh schließlich wurde Bauer aus dem Arrest geholt, untersucht, und als vorübergehend untauglich aus dem Bundesheer entlassen. Um 16.40 Uhr verließ er die Kaserne. Seine Freunde protestierten dennoch.



Mit Eisenschere zwickten Polizisten die Ketten der Demonstranten durch

## P R E S S E R K L Ä R U N G

Aus Protest gegen die Verletzung des Grundgesetzes der Gewissensfreiheit und aus Solidarität mit dem Wehrdienstverweigerer Dipl.-Ing. Bauer haben sich am 25. 6. 1971 um 16 Uhr acht Jugendliche an das Eingangstor des österreichischen Verteidigungsministeriums gekettet. Die Aktion erregte großes Aufsehen bei hunderten Passanten und in der österreichischen Öffentlichkeit.

Wir haben diese Form des Protestes gewählt, weil sie uns als die einzige Möglichkeit schien, der Verniedlichung, die die Presse dem Fall Bauer angedeihen ließ, öffentlich entgegenzutreten.

Die Polizei beantwortete diese Solidaritätsdemonstration mit einer neuerlichen Eskalation - ca. 30 junge Menschen - auch unbeteiligte Passanten, wurden unter Anwendung brutaler Mittel festgenommen, in Arrestantenwagen gepfercht und abtransportiert. Ein Lautsprecherwagen wurde beschlagnahmt, die Insassen herausgerissen und ebenfalls festgenommen.

Alle Argumente, die die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens noch "beweisen" werden, sind schlichter Vorwand, was sich vor unseren Augen abspielt, was sovielen übersehen wollen, was manche mit dem Hinweis auf Arbeitslager, Vergasung usw. gelöst haben wollen, ist der Versuch, die Gegner des Bundesheeres mit allen Mitteln mundtot zu machen.

Die Unterzeichneten werden auch weiterhin entschieden für die Wehrdienstverweigerung als elementares Recht jedes Bürgers eintreten. Daß der Kampf so hart ist, zeigt:

- 1) Das Bundesheer hat Angst, daß für jeden offensichtlich wird, daß die Jugend auf den Präsenzdienst keinen Wert legt. Die Wertlosigkeit des Bundesheeres nach außen ist längst jedem klar geworden.
- 2) Das Bundesheer will auf keinen Jungmann verzichten, um ihn der Disziplinierungsfunktion dieser Institution zu unterwerfen.

Verteidigungsminister Lütgendorf kann es sich heute schon leisten, seine Ziele offen auszusprechen. Die Feinde der österreichischen Demokratie sind drauf und dran die Bundesheerreform zu benützen, um ein wirksames Instrument zu schaffen in sozialen Auseinandersetzungen, die Ordnung, sprich Herrschaftsordnung, zu sichern.

31

Wir fordern die sofortige Freilassung Bauers und der heute Festgenommenen. Wir rufen die Jugend auf, den Wehrdienst in dieser Bürgerkriegsarmee zu verweigern. Wehrdienstverweigerung ist ein Teil des Kampfes gegen das Bundesheer, Präsenzdienner, organisiert euch in den bestehenden Kasernenkomitees und schafft neue.

DER DEMONSTRATIONSRAT DER JUGENDORGANISATIONEN, DIE  
DIE KAMPAGNE GEGEN LÜTGENDORF ORGANISIERT HABEN.

# JETZT IST SCHLUSS MIT DEN SCHIKANEN

- wie in der FuRvKp/ZelB 1, als am 15. Juni die gesamte Kompanie während der Mittagspause mit dem Spaten Gras aus den Straßenpflasterritzen jäten musste!

von Tag zu Tag arbeiten  
mehr **SOLDATEN**  
an dem

## kasernenkomitee UND IHR ?

Im Namen von Recht  
und Ordnung!

Wir wissen, daß von Freitag 22.00 Uhr bis Dienstag abends die Wachen der Maria-Theresien-Kaserne aufs doppelte verstärkt waren. Mit der Begründung, wir wollten BAUER aus der Kaserne holen - DABEI WAR ER SCHON AM FREITAG UM 16.40 UHR FREI !!!

WAS HALTET IHR VON OBLT. MÜHLBERGER ?

Der KpOffz der FuRvKp/ZelB 1 verkündete bei der Kompaniebelehrung: "Wenn ihr auf Wache steht und auf jemanden schießen müßt, schießt so, daß er sich nicht mehr rührt, sonst habt ihr nur Scherereien!"

!!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!??!!

Wir hoffen, daß wir Euch durch unsere Aktionen, durch unser permanentes Durchgreifen gezeigt haben, daß organisierter Widerstand zum Sieg führt. Wenn Ihr mit uns arbeitet, statt um des Friedens mit Euren Vorgesetzten willen das Maul zu halten und Euch unterdrücken läßt, so werdet Ihr endlich das Selbstbestimmungsrecht in den Kasernen bekommen und braucht nicht mehr vor Euren Vorgesetzten zu kuschen. Die Kasernenkomitees werden Euch helfen, den Schikanen und dem Mutwillen Eurer Offiziere und Unteroffiziere zu entgehen.

## ARBEITET MIT - WEHRT EUCH

MELDET EUCH BEI DEN KASERNENKOMITEES

KONTAKTADRESSEN : WIEN 4, BELVEDERE, 10  
Tel.: 65 19 52

WIEN 14., SAMBECKG. 15/1  
Tel.: 94 15 525

# DAS KASERNENKOMITEE BERICHTET



WIR HABEN GESIEGT!  
DIPL. ING. BAUER FREI

Wißt Ihr, daß durch unseren Einsatz, durch unser Auftreten, durch unsere Aktionen vor Eurer Kaserne und nicht zuletzt durch die spontane Demonstration am Freitag abend vor dem Verteidigungsministerium ( 8 unserer Leute ketteten sich vor das Haupttor) der politische Wehrdienstverweigerer Dipl. Ing. Helmut Bauer noch am selben Tag freigelassen wurde ???

DAS WAR DER I. S I E G DES  
KASERNENKOMITEES !

AUSZUG AUS DER  
E R K L Ä R U N G DER SEKTION INNSBRUCK DES VSSTÖ:

---

"Es sei ihm lieber, schloß der Bundeskanzler, wenn jene Jugendlichen, die mit seiner sozialdemokratischen Politik nicht einverstanden seien, die Partei freiwillig verlassen würden."

In einer Diskussion, deren Ergebnis von vornherein festzustehen schien, brachte das Präsidium der Tiroler SP folgende Einwände gegen die Beteiligung der Sektion Innsbruck des VSStö an der Lütgendorf Demonstration vor:

- a) Eine sozialistische Organisation könne nicht gegen einen Minister einer sozialistisch geführten Regierung demonstrieren (auch wenn dieser gar nicht der SPÖ angehöre). Jede - auch noch so berechtigte Kritik an Lütgendorf solle nicht in die Öffentlichkeit getragen werden (in dieser Form), sondern solle sich auf innerparteiliche Diskussion beschränken.
- b) Die Beteiligung einer kommunistischen Organisation (KJÖ) an einem wie immer großen Aktionskomitee verbiete die Teilnahme einer sozialistischen Organisation.

Der VSStö vertrat demgegenüber die Ansicht, daß es einen Punkt der Rechtsentwicklung einer Gesellschaft gibt, wo zur Abwehr der Gefahr (und Lütgendorf schiene eine solche Gefahr) Sozialisten und Kommunisten durchaus punktuell zusammenarbeiten könnten (vgl. die jüngste Entwicklung in Frankreich). Wenn es sich nun aber zeigt, daß die SP hier lieber zu einem reaktionären und undemokratischen Minister steht als zur gemeinsamen Verteidigung demokratischer Forderungen, dann sind die Konsequenzen für uns als Sozialisten klar.

Wir mißbilligen unter anderem:

Die allzugroße Kompromißfreudigkeit gegenüber VP und FP in der Bundesheerfrage.

Entgegen den Forderungen ihres Programms verzichtet die SP sogar auf bloß reformistische Politik: Obwohl die Unternehmer die Institutionen der Sozialpartnerschaft in immer größerem Ausmaß umgehen (und also den Klassenkampf von oben praktisch forcieren), hält die SP beharrlich an dieser Illusion fest, die nur dazu dient, die Arbeiter zu gängeln; es werden laufend Zugeständnisse an die im Sinn kapitalistischer Rationalität fortgeschrittensten Fraktionen der Kapitalistenklasse gemacht; die Entpolitisierung der Anhänger der SP schreitet fort.

Die SP versucht, in einer Periode der national und international zunehmenden Rechtsentwicklung, der sie keinen Widerstand leistet, ihr Stimmenpotential zu vergrößern, dabei öffnet sie sich nach rechts (stille Koalition mit der FPÖ, "vollinhaltliche Unterstützung Lütgendorfs" - Wehrexperte Mondl) und rückt von ihrem linken Flügel ab.

Die Macht im Staate, die durch dieses prinzipienlose Buhlen um Wählerstimmen gesichert und ausgebaut werden soll, soll nicht, wie Kreisky auch erklärt hat, für sozialistische Zielsetzungen eingesetzt werden, sondern zur besseren Verwaltung der Interessen jener Teile der Bourgeoisie, mit denen die SP schon so sehr verfilzt ist (siehe BAWAG u.a.)

(Diese Punkte können natürlich eine ausführliche Analyse nicht ersetzen, sie geben aber eine vorläufige Einschätzung der augenfälligsten zu kritisierenden Punkte.)

Als Sozialisten sehen wir uns gezwungen, die Verbindung zu dieser Parteibürokratie abzubrechen. (Das bedeutet nicht, daß wir jede Diskussion mit Gruppen oder Organisationen innerhalb der SP abbrechen wollen.)

Die Sektion Innsbruck des VSStö wird ihre öffentliche Tätigkeit einstellen und sich in Zukunft nur mehr der Unterstützung des Basisgruppenrates widmen.

Die Mitgliederversammlung des  
Verbandes Sozialistischer Studenten, Sektion Innsbruck

#### AUSZUG AUS ARTIKEL DES "ARBEITERKAMPF"

Die Hauptlosung, die alle diese Organisationen und Gruppen zur Aktion zusammenschloß, lautete im Sinne des Nenningschen "Volksbegehrens": "Abschaffung des Bundesheeres". Wir haben der Forderung nach Abschaffung des Bundesheeres - das der Nenningsche Entwurf durch eine im Rahmen der Gendarmerie geschaffene "Neutralitätsschutztruppe" ersetzen will - unsere Losung der Volksmiliz entgegengestellt, die die allgemeine Waffenausbildung ohne Kasernen und Offizierskaste, in Verbindung mit Gewerkschaften und Betrieben, usw., zum Ziele hat. Sicherlich, die Anti-Lütgendorf-Demonstration am 8. Juni war weit davon entfernt, die Losung der Volksmiliz zu vertreten oder wenigstens eine in ihre Richtung weisende Losung. Aber abgesehen davon, daß einzelne Losungen auf den Transparenten, oder im Chor von den jungen Demonstranten gerufene Losungen, wie die Forderung von Soldatenräten, oder Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft, weit über den bloß pazifistischen Charakter hinausgingen, ist die heutige Gesamtsituation eher so, daß der Satz von Marx in einem Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875 gültig ist: "Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme". Es handelt sich um "eine Obereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind, wie Marx sie im gleichen Brief fordert, die am 8. Juni 1971 in Wien und anderen Städten wie Salzburg, Graz, Innsbruck zustande kam, und "wirkliche Bewegung" war und ist - bei allen Fehlern, derzeitigem Fehlen, einer einheitlichen revolutionären Zielsetzung. "Wirkliche Bewegung" ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß das propagierte revolutionäre Programm überhaupt Leben annimmt, an die Stelle unzulänglicher oder sogar verfehlter Programme tritt.

Die Fortführung der Aktion, die zunächst zur Bildung von Soldatenkomitees aufruft, könnte den Grundstein zu einer revolutionär-syndikalistischen Soldatenorganisation legen. Jedemfalls stellt sie einen neuen Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer revolutionären Front in Österreich dar.

REDE DES VERTRETERS DER FÖJ - HERBERT BRUNNER, BEI DER ABSCHLUSS-  
KUNDGEBUNG VOR DER ALBRECHTSKASERNE

---

Wer es bis jetzt noch nicht wußte, sollte es spätestens jetzt begreifen. Daß sich für die Herrschenden der Spaß aufhört, wenn das Bundesheer in Frage gestellt wird. Das Totschweigen der Kampagne durch die Presse, die hysterische Wichtigtuerei der Offiziere in den Kasernen, der massive Druck auf die SP-Jugendorganisationen von seiten der Parteiführung und der Versuch faschistischer Schläger, unter Führung des aktiven Oberleutnants Egger vom Jägerbaon 4 in der Maria-Theresienkaserne, unsere heutige Demonstration zu stören, zeigen dies mehr als deutlich.

Die Verteidiger des Bundesheers bilden eine Front von der SP-Regierung über die Unternehmer und die bürgerliche Presse bis zu alten und neuen Nazis. Das bestätigt unsere Feststellung über die eigentliche Funktion des Heeres in einer kapitalistischen Gesellschaft: nämlich die Sicherung der Herrschaft über die Arbeiter.

Zuerst sollen wir das Kuschen lernen, und wenn wir uns da als schlechte Schüler erweisen, wollen sie uns das Fürchten vor ihren Kanonen und Panzern beibringen. So wie 1934 oder heute in anderen Teilen der Welt: USA, Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien. Aber die Panzer und Kanonen funktionieren nur, wenn wir sie bedienen.

Denn die Offiziere sind, wenn wir ihnen und ihren Herren nicht mehr gehorchen, eine kleine lächerliche Minderheit.

Die Jugend, die zu dieser Demonstration gekommen ist repräsentiert die echte Vertretung der Interessen der Mehrheit der österreichischen Jugendlichen. Die etablierten Jugendorganisationen, die zum Beispiel im Bundesjugendring, durch einige farblose, wohlbeleibte Berufsjugendliche vertreten werden und ihre Scheinexistenz durch fette Subventionen von der staatlichen Seite fristen, haben bei allen wichtigen Aktionen der letzten Jahre gefehlt. Immer wenn es um tatsächliche Interessen und Probleme der jungen Arbeiter und Angestellten gegangen ist, haben sie gefehlt.

Noch mehr: sie haben abgewiegelt, beschwichtigt, mit Händen und Füßen vermittelt zum Nutzen des herrschenden Systems; dafür kassieren sie auch ihre Subventionen.

Wir aber müssen uns jener Kraft bewußt werden, die es uns ohne Subventionen ermöglicht unsere Forderungen durchzusetzen: der Solidarität, deren praktischer Ausdruck die Aktionseinheit ist. Wir müssen erkennen, daß jede Schikane, die einem von uns, durch den Spieß oder den Meister, widerfährt kein privates Pech ist, sondern Folge und Bestandteil eines Systems, das uns alle unterdrückt und das wir nur gemeinsam ändern können.

Diese Aktionseinheit werden wir nur verwirklichen können, wenn wir jene Fehler vermeiden, die uns auch diesmal nicht erspart geblieben sind: Wenn alle Gruppen das Gemeinsame in den Vordergrund und das Trennende zurückstellen werden. Das heißt natürlich nicht, daß Grundsätze aufgegeben, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten verschwiegen werden sollen.

Aber sie dürfen nicht vorgeschoben werden, um die eigene Suppe auf dem gemeinsamen Feuer zu kochen.

Wir wissen, daß weder das Bundesheer noch der Kapitalismus durch eine noch so gute Demonstration ernstlich gefährdet werden können.

Aber sie kann Ausgangspunkt zur Weiterführung und Ausweitung unseres Kampfes sein. Die Lehrlinge, Schüler, junge Arbeiter und vor allem die Soldaten müssen sich ihrer Kraft bewußt werden und den gemeinsamen Gegner gemeinsam entgegentreten. Zum Beispiel in Kasernenkomitees.

Es wird Zeit zum Widerstand überzugehen, mit der Perspektive nicht dabei stehen zu bleiben. Die Herren müssen spüren, daß das Ende ihrer Herrschaft absehbar ist.

Voraussetzung dazu ist eben die Organisierung, die Selbstorganisierung der von der Unterdrückung, Bevormundung und Ausbeutung Betroffenen.

Diese Arbeit ist von uns allen noch zu leisten. Beginnen müssen wir heute abend, wir haben schon genug Zeit verloren.

---

E S S P R I C H T   S I C H   H E R U M  
DASS WIR GEGEN DAS BUNDESHEER SIND

Am 8. Juni 1971 organisierten sich in Wien, Linz, Salzburg und Innsbruck die linken Kräfte Österreichs zu Demonstrationen gegen Lütgendorf und die Wehrpolitik der Regierung Kreisky.

Daß Staberl seine Anschuldigungen in bezug auf die Salzburger Brandlegungen, auch dann noch nicht lassen konnte, als in der selben Nummer zwei Seiten weiter berichtet wurde, daß der Täter, ein alter Bekannter der Polizei schon gefaßt sei, zeigt nur die Hysterie der Reaktion.

Die 3000 Demonstranten in Wien, bewiesen, daß sie sich diszipliniert vor Provokationen der Nazis zu schützen wußten. Zum 1. Mal seit dem Bestehen der 2. Republik mußte die Polizei akzeptieren, daß wir mit einem mit Schlagstöcken bewaffneten Ordnerdienst selbst für den disziplinierten Ablauf der Demonstration sorgten. Selbstkritisch muß bemerkt werden, daß in den Vorbereitungen der Demonstration das Hauptaugenmerk zu sehr auf Lütgendorfs Person gelegt wurde; bei der Demonstration selbst allerdings entstanden spontan Losungen, aus denen hervorging, daß Lü als Marionette erkannt und das Bundesheer als solches angegriffen wurde.

Seit der Kambodschademonstration war dies die größte Demonstration seit langem, wobei linke Gruppen wie Roter Schülerbund, Spartakus, die FÖJ, IDK und die MLS(VDS), die sich auf theoretischer Basis durchaus noch nicht koordinieren konnten, in einer Aktionsgemeinschaft zusammen kämpften. Unserer Meinung nach ist das umso mehr als positiv einzuschätzen, als die theoretischen Widersprüche der einzelnen linken Organisationen sich in letzter Zeit verschärft haben. Die Demonstranten setzten sich zum größten Teil aus jungen Arbeitern und Lehrlingen zusammen. Diese Demonstration kann ein Beginn eines organisierten Kampfes sein. Linke trafen sich auch nachher, um weitere Schritte zu diskutieren, als erste praktische Konsequenz wurden die Kasernenkomitees gegründet, und den ersten Erfolg erzielten wir bei der Demonstration vor dem Ministerium;(25.6); noch während der Demonstration wurde der Wehrdienstverweigerer Dipl.Ing. Bauer freigelassen.

Daß sich verschiedene linke Gruppen mit recht fadenscheinigen Entschuldigungen bzw. auch ohne, an den Aktionen im Laufe der Zeit nicht

mehr beteiligten, kann von uns nur als Faulheit, Opportunismus bzw. Sektierertum erklärt werden.

Der neue Stern am Ministerhimmel, General Lütgendorf, hat die Kritik der Linken am Machtinstrument der herrschenden Klasse bestätigt und zum Kampf herausgefordert. Offen spricht das "politische Greenhorn" bis jetzt ängstlich gehütete Binsenwahrheiten aus.

Die Äußerungen des ehemaligen Offiziers der Naziabwehr trugen wesentlich dazu bei, daß sich aus anfänglich pazifistischen Bewegungen, wie Ostermarsch und Bundesheer-Volksbegehren, politisch gezielte Aktionen entwickelten. In der Erkenntnis des politischen Stellenwerts der Bundesheerfrage beteiligte sich die FÖJ intensiv an der Gründung des IDK und organisierte politische Aktionen vor Kasernen und vor der Stellungskommission.

In unserer Argumentation waren wir uns bewußt, daß es weniger gegen die Person des passionierten Jägers Lü ging, als gegen das Instrument, dessen Vertreter er ist. Wir versuchen durch genauere Analyse nicht nur die Funktionslosigkeit des Bundesheeres zum Schutze unserer Grenzen, sondern auch die sowohl innen- wie außenpolitische Gefahr, die das Bundesheer darstellt, aufzuzeigen.

#### a) außenpolitisch:

Hier muß einmal mit der ewigen alten Lüge aufgeräumt werden, der Staatsvertrag verpflichte uns, ein Bundesheer zu haben. Was vom Staatsvertrag und Moskauer Memorandum die Landesverteidigung betrifft, so sind hier zwei wesentliche Faktoren zu zitieren:

1. Wir dürfen keine Raketenwaffen besitzen;
2. unsere Neutralität ist mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.

Da das ach so arg strapazierte militärische "Vakuum" auch nach der Bundesheerreform nicht ausgefüllt sein wird und von uns nicht ausgefüllt werden kann, ist offensichtlich, daß das Bundesheer kein uns zu Gebote stehendes Mittel ist, unsere Grenzen zu schützen: umso mehr, da wir in der NATO-Strategie unsere kleine, aber bescheidene Rolle schon zugeteilt bekommen.

Das zeigt unter anderem die enge militärische Verbindung der USA mit Österreich, die sich einerseits in der Ausbildung österreichischer Berufssoldaten (Ranger) in Amerika und andererseits in der Mitwirkung amerikanischer Spezialtruppen bei Manövern in Allentsteig auswirkt.

Dazu kommt noch die Spionageaffaire, die im Herbst 1968 an Hand von Geheimdokumenten (Dankschreiben amerikanischer und westdeutscher Militärs an österreichische Offiziere) von der österreichischen Presse aufgezeigt und von den offiziellen Stellen nie dementiert wurden.

Daß sich die ausländischen Müllabfuhrer die Hände reiben, weil wir ausrangierte Flugzeuge, Tanks etc. übernehmen und sogar dafür bezahlen, ist nur ein weiteres tristes Detail unserer "Militärstrategie".

Da einerseits Vorschläge zur aktiven Friedenspolitik wie der Thirring-Plan von den entscheidenden Stellen nicht einmal diskutiert wurden, und andererseits Katastrophenhilfe und Brückenbau auch ohne Gewehrausbildung zu organisieren wäre, gibt es offenbar noch eine wichtige Funktion des Bundesheeres, die die hitzigen Reformdebatten bedingen:

#### b) innenpolitisch:

Gemäß § 2 des Wehrgesetzes ist das Bundesheer neben Grenzschutz und Katastropheneinsatz bestimmt zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren.

Bei der Beantwortung der Frage "wessen Ordnung und wessen Sicherheit"? unterscheiden wir das Bundesheer als A) direktes und B) indirektes Unterdrückungsmittel in den Händen der herrschenden Klasse.

Wer von Schule und Lehre noch nicht vollkommen im Sinne unserer Klassengesellschaft gefügig gemacht worden ist, der bekommt beim Bundesheer den letzten Schliff. Hier wird das Gehorchen und Befehlen genau durchexerziert, so daß möglichst gehorsame Untertanen produziert werden, die Befehle von Vorgesetzten, sei es beim Bundesheer, sei es später beim Chef, kritiklos gehorchen. Auf diese Weise werden Menschen so zurechtgebogen, daß sie sich im Produktionsprozeß möglichst willig und intensiv ausbeuten lassen.

Mit der Gewissensfreiheit wird aufgeräumt; wenn einmal die Waffen gesegnet sind, so ist das Töten heilig und da wird nicht mehr lange herumdiskutiert.

Wir gehen davon aus, daß der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, daß der Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten besteht, sich verschärfen und ausbrechen wird. Und in diesem Punkt hat Lü selbst die historische Parallele gezogen, indem er in einer Rede das Vorkriegsbundesheer lobend erwähnt und in seiner Bundesheerreform für eine Reaktivierung des Heeres in diesem Sinne eintritt. In den 16 Jahren des österreichischen Bundesheeres hat sich gezeigt, daß es nicht so problemlos ist, Arbeiter und Bauern in Uniform zum Schießen auf die eigene Bevölkerung zu erziehen, wie sich dies einige Herren vorstellen. Daher will man jetzt unter dem Deckmantel des verstärkten Schutzes gegen den äußeren Feind (Heeresreform) unsere Söldnertruppen verstärken, die Garant für das Mordgeschäft sind. Hier setzt auch die Kritik der Linken am Bundesheer-Volksbegehren an, welche eine "Neutralitäts-Schutztruppe" vorschlägt und die innenpolitischen Aufgaben der Bundespolizei und der Gendarmerie ohne Kritik, welche Aufgaben dies zu sein haben, überläßt.

An der systemerhaltenden Funktion eines Heeres im Kapitalismus ändert auch eine SP-Regierung nichts. Und schon gar nicht die Regierung Kreisky, die im Gegenteil ihr noch immer vorhandenes Ansehen in der breiten Masse benützt um das Heer zu "modernisieren"; das heißt zu stärken. Der Lütgendorf-Benya-Versuch die Gewerkschaft in dieses Konzept einzuspannen sollte den sozialistischen Arbeitern die Augen öffnen.

Wir wollen gemeinsam mit den arbeitenden Menschen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen und wir bekämpfen ein Instrument, welches dies im Sinne des Februars 1934 mit Massenmord beantworten würde.

Wir haben jetzt Kasernenkomitees gegründet, deren Aufgabe es ist, den Kampf gegen das Bundesheer inner- und außerhalb der Kasernen zu koordinieren. Wir wollen den Soldaten einerseits bei Schweinereien, die sogar gegen unsere Gesetzgebung verstoßen, helfen, andererseits mit ihnen Fragen diskutieren, wie z.B. wessen Werte wir eigentlich zu verteidigen haben, wessen Geists Kinder die Sternchenträger sind, die zum Töten ausbilden und die bereit sind, Befehle zum Töten zu geben. Wir werden versuchen, mit den Soldaten die politischen Inhalte des Bundesheers, die hier kurz skizziert wurden durchzudiskutieren.

Aus der Erkenntnis über die Funktion des Bundesheeres, haben wir den Kampf aufgenommen, und wir werden ihn fortsetzen.

Kurt Winterstein - Walter Pold

P.S.: Eine politische Einschätzung der gesamten Anti-Bundesheer-Kampagne und ihres Stellenwertes innerhalb einer antikapitalistischen Strategie unter Berücksichtigung einer SP-Regierung von seiten der FÖJ ist in Ausarbeitung und wird im Herbst vorliegen.

OFFEN  
SIND  
SIE  
SIND  
SIND

BRAUCHT DICH HEUTE  
UND NACH  
DEM 10. OKTOBER



